

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134.

Dienstag, den 11. Juni 1918.

25. Jahrg.

Ein Schritt vorwärts in der Steuergesetzgebung.

Von Wilhelm Keil.

Das sogenannte Besitzsteuertkompromiß stellt einen frätigen Schritt nach vorwärts auf dem Wege zur Reichseinkommens- und Vermögenssteuer dar. Das muß festgestellt werden, wenngleich die einzelstaatlichen Finanzminister grade die Besteuerung des regulären Einkommens dem Reiche immer noch nicht gestatten wollten. Sie klammerten sich noch an das letzte Zipfelchen ihres Prinzips, wonach der Besitz nur von den Bundesstaaten belastet werden darf. Zu Dreiviertel haben sie dieses Prinzip preisgegeben müssen, weil eine starke Mehrheit des Reichstages darauf bestand, und sie hätten auch das letzte Viertel noch opfern müssen, wenn die Mehrheit auch in diesem Punkte fest geblieben wäre.

Der von allen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Konservativen gestellte Antrag wollte die Summe von 1,2 Milliarden für das Jahr 1918 aufbringen durch eine Kriegsabgabe vom regulären Einkommen, durch eine erhöhte Kriegsabgabe vom Mehrerinkommen gegenüber dem Einkommen des letzten Friedensjahres, und durch eine Ergänzungsabgabe vom Vermögen. Die erhöhte Kriegsabgabe vom Mehrerinkommen und die Ergänzungsabgabe vom Vermögen haben die Finanzminister zugestanden, die Kriegsabgabe vom regulären Einkommen wollen sie dem Reiche nicht zukommen lassen. Es würde dem Reichstag leicht möglich gewesen sein, auch in diesem Punkte die Finanzminister zum Nachgeben zu zwingen, wenn er nur wollte. Die Parteien, die hinter dem gemeinsamen Antrage stehen, brauchten sich nur nichts abhandeln zu lassen. Die bundesstaatlichen Finanzminister würden es sicher nicht darauf ankommen lassen, daß der Reichstag das ganze Steuerbudget verwerfen und den Fehlbetrag von etwa 3 Milliarden im Etat für 1918 auf Matrikularbeiträge umlegen würden. Nach der Reichsverfassung könnte der Reichstag diesen Weg unbedenklich beschreiten. Wollen doch die Konservativen in dieser Richtung noch weiter gehen und nach einem im Ausnahmefalle gestellten Antrag die Einzelstaaten für die Kriegsjahre nicht nur für das Jahr 1918, mit „erhöhten Leistungen“ zu dem Bedarf des Reiches an Zinsen und laufenden Ausgaben heranziehen. Da die Einzelstaaten zu diesen erhöhten Leistungen nur durch höhere Einkommensbesteuerung befähigt würden, so hieße das, auf dem Umweg über die Einzelstaaten dieselben Einkommen zur Deckung der Reichslasten heranzuziehen, die auf dem graden Wege zu erfassen dem Reiche verwehrt wird.

Es ist umso bedauerlicher, daß Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler nicht zu den naheliegenden Druckmitteln greifen wollen, um den Bundesrat zur Annahme des Antrages in seinem ganzen Umfange zu bestimmen, weil das reguläre Einkommen bereits einmal Gegenstand der Reichsbesteuerung war. Der Wehrbeitrag von 1913 sah eine gestaffelte Abgabe aller Einkommen von mehr als 5000 Mk. vor. Wenn die Finanzminister sich zu diesem Zuständnis in Friedenszeiten verstanden, so ist kein Grund zu sehen, warum man ihnen das nicht auch angesichts des ungeheuren Geldbedarfs des Reiches im Kriege zumuten darf, zumal der gemeinsame Besitzsteuerantrag nur die Einkommen von mehr als 20 000 Mark heranziehen wollte.

Wenn die Finanzminister nur das Mehrerinkommen und das Vermögen der Besteuerung durch das Reich preisgaben, so bedeutet das auch eine Preisgabe ihres Prinzips. Auch Mehrerinkommen ist Einkommen. Die Unterscheidung zwischen Mehrerinkommen und Einkommen ist erst im Kriege eingeführt worden, um besser an die Kriegsgewinne heranzukommen. Daß besondere Besteuerung des Mehrerinkommens unter den gegebenen Verhältnissen berechtigt ist, zeigt die Tatsache, daß in Preußen die Zahl der Jeniten mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Mark von 5215 im Jahre 1914 auf 8926 im Jahre 1917 und die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens in demselben Zeitraum von 1265 Millionen auf 2237 Millionen Mark gestiegen ist. Im Jahre 1918 läßt sich von diesen Jeniten in Preußen allein mit den Steuereinkünften, die der gemeinsame Antrag im Auge hat, eine Mehrerinkommenssteuer von nahezu einer halben Milliarde erheben.

Wie die Steuer vom Mehrerinkommen, so ist auch die vom Vermögen eine Einkommenssteuer. Die Vermögenssteuer wird aus dem Vermögensantrag, nicht aus dem Vermögensstand bezahlt. Sie bildet eine Sondersteuer auf das sogenannte fundierte Einkommen. Beachtung verdient auch, daß die Vermögensabgabe progressiv gestaltet werden soll. Die einzelstaatlichen Vermögenssteuern sind fast sämtlich proportional gestaltet, d. h. es wird ein einheitlicher Prozentsatz erhoben von allen Vermögen ohne Rücksicht auf deren Größe. Die von der Sozialdemokratie geforderte Staffelform ist stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß sie härtere Erfassung der Rieservermögen mit Hilfe der Einkommenssteuer erfolge und eine nochmalige Steigerung des Steuerjahres beim Vermögen nicht zulässig sei. Jetzt ist man aber bei der progressiv gestalteten Vermögenssteuer angelangt. Sie soll mit 1 vom Tausend bei Vermögen von 50 000 Mark beginnen und ansteigen bis zu 5 v. T. bei 1 Milliarde und darüber.

Die bürgerlichen Mit Antragsteller begnügen sich mit diesem Erfolg, weil mit der Mehrerinkommenssteuer 800 bis 850 Millionen, mit der Vermögenssteuer etwa 400 Millionen, zusammen also etwa die gewünschte Summe von 1,2 Milliarden Reichseinnahmen gewonnen werden könne. Das ist wahrlich kein Grund, auf die Besteuerung des einfachen Einkommens durch das Reich zu verzichten. Denn das Reich darf die lieberliche Statspolitik nicht länger fortsetzen, die es in den Kriegsjahren betrieben hat, wenn es nicht den schlimmsten Gefahren entgegen gehen will. Es darf nicht die Milliardenausgaben für die Opfer des Krieges und selbst die Summen für die Teuerungszulagen an seine Beamten durch Anleihen decken. In dieser bedenklichen Finanzwirtschaft liegt auch die Gewißheit begründet, daß die neue Besitzbesteuerung keine „einmalige“ bleiben wird, ob der Krieg bald zu Ende geht, oder im nächsten Jahre noch fortdauert. Das Reich braucht im nächsten Jahre auf jeden Fall weitere 8 Milliarden Einnahmen, wenn es seine laufenden Ausgaben reell durch Steuern decken und nicht auf Schulden nehmen will. Es wird dann nicht nur bei der jetzt zu schaffenden Besteuerung des Vermögens und des Mehrerinkommens bleiben, sondern die Besteuerung des regulären Einkommens von einer bestimmten Untergrenze an hinzukommen müssen.

Ein Schritt nach vorwärts bedeutet es auch, daß die Mehrheitsparteien die Bedingung stellen, es müsse gleichzeitig mit den diesjährigen Steuergesetzen der Reichsfinanzhof geschaffen und den Reichssteuerbeamten erweiterte Befugnisse und eine gesicherte Rechtsstellung gegeben werden. Der Bundesrat wird dieser Forderung entgegenkommen und damit die notwendige Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung im Deutschen Reiche ein gut Stück fördern müssen, ob er will oder nicht.

Die Kämpfe im Westen.

Die Gegend westlich und südwestlich von Noyon ist gegenwärtig der Schauplatz heftiger Kämpfe. Von den dort erzielten Erfolgen meldet der gestrige Heeresbericht, der noch durch folgende Wolff-Meldung ergänzt wird: Südwestlich Noyon wurde der Feind am 9. Juni erneut angegriffen. Nach starker zusammengefaßter Artillerievorbereitung in der Nacht zum 9. trat die Infanterie in den ganzen Linien zwischen Montdidier und Noyon zum Sturm an. Nach kurzem Kampf war Drouillers genommen und Mortener erstimmt. Die feindliche Artillerie antwortete in der Nacht unserer Feuerbereitung nur schwach. Von allen Seiten her treffen Meldungen ein. Stafetten und Autos kommen und gehen. Flieger und Brieftauben befördern Meldungen. Bald treffen die ersten Kolonnen Gefangenen ein. Es sind etwa 500 Mann der 125. französischen Division. Alle vom Regiment 113. Sie gehen an, daß man den Angriff erwartet habe, trotzdem sei fast ihr ganzes Regiment aufgerieben oder gefangen. Unmählich hält sich alles in dichten Staub. Die ganze Gegend ist in einem undurchdringlichen Schleier. Von rückwärts traben Munitionskolonnen auf den Straßen in südlicher Richtung. Die gesamte erste feindliche Stellung ist in unserer Hand. Das von vielen Fußläufen und Tälern durchzogene Gelände ähnelt dem am Chemin-des-Dames. 8 Uhr Vormittags ist Niermont genommen. Um die Mittagszeit wird bereits reiche Beute, darunter Geschütze, gemeldet. Ueber Mortemer und Drouillers geht der Stoß hinaus. Cuvilly und Riquebourg sind in unserer Hand, auch östlich der Maß wurde die erste feindliche Stellung genommen und die Höhen von Gury, Morenil und Thiescourt wurden erstimmt.



Und der gestrige Abendbericht meldet: 17.3. Berlin, 10. Juni, abends. (Mittlich): Südwestlich von Noyon machten wir im Kampf mit neu heranzugehenden französischen Kräften Fortschritte.

Die französischen Heeresberichte vom 9. bejagen: Die Deutschen eröffneten um Mitternacht heftige Artillerievorbereitung, beginnend in der Gegend nördlich von Montdidier bis östlich der Dife. Die französischen Batterien verstärkten unverzüglich ihre Gegenwirkung, 4 Uhr machte die deutsche Infanterie einen Angriff gegen die französischen Stellungen zwischen Montdidier und Nonoon (?). Die französischen Truppen leisteten in prächtiger Tapferkeit Widerstand. Die Schlacht ist noch im Gange. Zwischen der Dife und der Wisne führten die Franzosen frühmorgens eine Einzelunternehmung östlich von Hautejane aus und gewannen Gelände, wobei sie etwa 60 Gefangene machten. Südlich des Durcq verbesserten die Franzosen ihre Stellungen. Westlich von Chepy wurden die Deutschen, denen es gestern 11 Uhr nachts gelang, in die französischen Linien in der Richtung auf Vinsly einzudringen, durch einen französischen Angriff zurückgeworfen. Um dieselbe Stunde erstickten die Franzosen den Wald von Clouy und in der Frühe das Gehölz unmittelbar südlich von Buffieres. Diese Unternehmung brachte 200 Gefangene ein, darunter fünf Offiziere. Westlich von Reims griffen die Deutschen nach lebhaftem Geschütze in der Gegend von Berezun an und erlitten schwere Verluste, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Von der übrigen Front ist nichts Besonderes zu melden.

Die neue Offensive, die heute früh von der deutschen Armee begonnen wurde, entwickelte sich mit Heftigkeit und wird auf einer Front von 35 Kilometern zwischen Montdidier und der Dife aufrechterhalten. Der Feind verdoppelt mit erheblichen Kräften seine Anstrengungen, um unsere Linien einzustößen. Unsere Truppen haben überall den Stoß ausgehalten und liefern auf der ganzen Kampflinie hartnäckige Kämpfe, durch welche der feindliche Stoß ernstlich aufgehalten oder verlangsamt wurde. Auf dem linken Flügel gelang es den Deutschen nicht, unsere Deckungszone zu überschreiten. Sie sind durch unsere Truppen auf der Linie Rubescourt—le Fretay, welche sie erreichten, nachdrücklich festgehalten worden. Im Zentrum war der feindliche Vorstoß sichtbar. Nach verschiedenen mörderischen Angriffen der Deutschen gelang es ihnen, in den Dörfern Reuilly-sur-Maß und Marceuil Fuß zu fassen, wo unsere Einheiten der ersten Linie die Verteidigung Schritt für Schritt fortsetzen. Auf unserem rechten Flügel begegnet der Feind nicht weniger nachhaltigen Widerstand. Trotz seiner wiederholten Anstrengungen haben wir uns auf der Front Bova—Cannancourt Ville behauptet.

Wilson's Grundlagen des Weltfriedens.

Eine amerikanische Liga der Nationen.

Konter meldet aus Washington: Präsident Wilson empfing im Weißen Hause eine Gruppe mexikanischer Journalisten, die die Vereinigten Staaten bereift hatten, und jagte in einer zwanglosen Ansprache:

„Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko ist bejagt von dem ernstesten Wunsche, dem Nachbarn zu dienen. Meine eigene Politik gegenüber Mexiko war stets auf dem Prinzip gegründet, daß die Regelung der inneren Angelegenheiten Mexikos die Vereinigten Staaten nichts angeht. Als wir seinerzeit Truppen nach Mexiko sandten, wünschten wir nur, Mexiko von dem Wanne zu befreien, der die Regelung der Angelegenheiten Mexikos unmöglich machte. Jetzt bekümmert es mich, daß Einflüsse deutscher Herkunft versuchen, die Absicht der Vereinigten Staaten überall in Mexiko zu verdächtigen, sowie von den Ereignissen eine falsche Darstellung zu geben. Gestern berichtete eine Zeitung in Gundelajara, daß 13 Kriegsschiffe kürzlich verlegt worden seien, und fügte hinzu, das Marineministerium der Vereinigten Staaten verheimliche die Verfassungen. Behauptungen dieser Art sind sicherlich auf Personen zurückzuführen, die zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko Unfrieden stiften wollen. Der jetzige Einfluß der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik beruht auf dem aufrichtigen Wunsche der Vereinigten Staaten, selbstlose Politik zu treiben. Wir werden noch den Beweis liefern, daß wir in diesem Kriege nichts profitieren und auch nichts geschenkt haben wollen. In den ersten drei Kriegsjahren war es den Vereinigten Staaten schwer, die europäischen Regierungen zu überzeugen, daß Amerikas Neutralität selbstlos wäre, daß, wenn die Vereinigten Staaten in den Krieg träten, sie weder nach Gebietserweiterung, noch nach handelspolitischen Vorteilen strebten. Manche Leute glaubten, diese Versicherungen gingen von einem Akademiker aus, der, ohne eingeweiht zu sein, fromme Ideale verkündete. Ich hoffe, daß jetzt alle wissen, daß ich die Ziele des amerikanischen Volkes ausspreche.“ Wilson führte als Beispiel seine Aeußerung über Rußland in seiner Rede vor der Aeten-Kreuz-Verammlung an. „Ich wollte nicht über Rußland sprechen, aber die Bemerkung, daß wir Rußland ebenso halten wollten, wie England und Frankreich, erregte unerwartete Begeisterung. Das ist das Herz der Vereinigten Staaten. Wir sind auch bereit, Mexiko durch freundschaftliche Beweis unsere wahre Meinung zu bezeugen. Ich hoffe, Sie können, nachdem Sie bei Ihrem Besuche erfahren, was wir tun und warum wir es tun, Besseres als Worte und Versicherungen nach Hause bringen. Ich schlug vor

kurzen ein panamerikanisches Abkommen vor. Die Monroe-Doktrin war ohne Zustimmung der Staaten Mittelamerikas und Südamerikas angenommen. Ich schützte diese zwar vor Angriffen von Hebersee, aber schützte sie nicht vor einem Angriff von uns. Ich habe wiederholt gesehen, daß die Vertreter der mittel- und südamerikanischen Staaten meinten, daß der von uns aufgedrängte Schutz zwar in unserem Interesse, aber nicht im Interesse unserer Nachbarn sei. Deswegen schlug ich das Abkommen vor, wobei alle Staaten Amerikas die Erklärung der politischen Unabhängigkeit und der territoriale Integrität zeichnen sollten: Wenn einer von uns, einschließlich der Vereinigten Staaten, die politische Unabhängigkeit oder territoriale Integrität irgendeines anderen verletzen, werden sich alle anderen auf ihn stützen. Dieses Abkommen wird die Grundlage des künftigen Lebens der Nationen der Welt sein. Die ganze Familie der Nationen wird jeder Nation dafür bürgen müssen, daß keine andere ihre politische Unabhängigkeit oder territoriale Sicherheit verletzt. Das ist die einzige denkbare Grundlage für den künftigen Frieden der Welt. Ich muß gestehen, mein Ehrgeiz war, daß die Staaten der beiden amerikanischen Erdteile der übrigen Welt zeigen sollten, wie man den Grund zum Frieden legen müsse. Der Friede kann nur durch Vertrauen kommen. Solange Verdächtigungen bestehen, werden Mißverständnisse nicht ausbleiben, und solange Mißverständnisse möglich sind, werden sie Unfrieden zur Folge haben. Wenn einmal eine Lage geschaffen ist, in der das Vertrauen herrscht, dann haben wir einen dauernden Frieden. Deswegen scheint mir die politische Pflicht eines jeden einzelnen seinem Lande gegenüber zu sein, Saaten des Vertrauens auszusäen, anstatt Saaten der Verdächtigung des Interessengegenstandes. Deswegen sind Sie mir willkommen. Verdacht und Mißverständnis Mexikos bekümmern uns mehr, als uns die gleiche Gefährdung anderer entfernter Staaten bekümmern würde. Wenn Sie bedenken, wie reich an Schätzen Mexiko ist, können Sie sehen, wie sehr Ihre Zukunft auf Frieden beruhen muß, damit niemand es ausbeute. Sie beruht auf den Beziehungen Mexikos zu allen Nationen und Bürgern aller Nationen, denn sobald sein eigenes Kapital mit dem Kapital der Welt die Reichümer des Landes im freien Gebrauche ausnutzt, wird es eines der reichsten und glücklichsten Länder der Welt werden. Wenn der Grund zu der festen Ordnung gelegt ist und die Welt wieder zu Verkehr gekommen ist, werden wir, hoffe ich, die besten Beziehungen haben, die uns allen dauernde Herrlichkeit und Fruchtbarkeit sichern werden."

Diese Ansprache Wilsons an die Mexikaner ist sehr schön — fast ebenso schön wie die berühmte Predigt, die der König den Gänzen hielt, bevor er sie erzwang. Die Mexikaner müssen reichlich mißtrauisch gegenüber dem Wohlwollen der Vereinigten Staaten sein, sonst würde Wilson doch nicht so versüßlich reden müssen, um sie von seinen edlen Absichten zu überzeugen.

Während Wilson so den Mexikanern feurig-heiße Worte gönnt, ist in seinem eigenen Lande ein Skandal entstanden, dessen Spitze sich gegen Wilson richtet. Aus Fern wird darüber berichtet:

Nicht einmal die Sensation der Schiffserkennungen an der amerikanischen Küste und die unbefreitbare U-Boot-Panik in New York vermag ganz das gewöhnliche Aufsehen zu stiften, das durch die immer neuen Enthüllungen über den großen Skandal der amerikanischen Flugzeugfabrikation erregt wird. Der Senat hat seine Untersuchungen, über deren Anfang wir schon vor Wochen berichtet haben, unbeeinträchtigt weiter geführt und einfach ungläubliche Dinge zutage gefördert. Es wurde u. a. festgestellt, daß 640 Millionen Dollars ohne das geringste sichtbare Ergebnis ausgegeben worden sind, daß der Verkauf dieser Maschinen ein völliges Nullum ist. In den betreffenden Senatssitzungen ist gegen Wilson eine Sprache geführt worden, wie nie zuvor: es wurde offen von einem System von Heimlichkeiten und Gürtelwirtschaft in Washington" gesprochen. Um die vor ihm allzu unabhängige Weisung des Senats zu verhindern, hat Wilson selber eine Untersuchungskommission eingesetzt, mit deren Leitung er den Bildhauer Gutzkow Borglum, seinen persönlichen Freund, einen auch politisch hochangesehenen Mann, betraute. Der Bericht Borglums fiel aber vernichtend aus und war selbst die größte Sensation. Eine Stelle seines Berichts lautet: S.:

„Wie noch in der Geschichte dieses Landes sind einer Gruppe von Männern so vollständig die Hilfsmittel des Volkes und sein Vertrauen überantwortet worden, und nie noch ist ein solches Vertrauen in ähnlichem Maße mißbraucht worden, wie bei den Leitern unserer Aeroplanerzeugung. Die Folge ihrer Tätigkeit besteht darin, daß wir uns heute ohne einen einzigen amerikanischen Aeroplan an der Front in Europa befinden, obwohl im Verlauf von elf Monaten nahezu eine Milliarde Dollars für die Herstellung von Aeroplanen ausgegeben wurde."

Präsident Wilson hat vergeblich versucht, den niederstürzenden Eindruck dieses Berichts dadurch zu beseitigen, daß er nacheinander eine zweite und eine dritte (!) Kommission einsetzte und Borglum in den Zeitungen verächtlich ließ, er sei von interessierten Fabrikanten beschönigt worden, ein solches Urteil abzugeben. Der Skandal ist jetzt öffentlich und erregt Amerika aufs äußerste.

Mag auch manches hier sehr stark aufgetragen sein, so geht man doch nicht fehl in der Annahme, daß der Hauptteil zutrifft. Auch Wilson dürfte inzwischen erkannt haben, daß man nie umgekehrt mit dem Feuer spielt.

Was der Krieg bringt

Die Annahme von Gottes Hilfe

Es heute bei allen Kriegführenden zur höchsten Regel geworden. Nun hat auch der frühere Bureau-General Botha in einer Rede in Natal diese Worte mitgemacht. Er führte u. a. aus: „Heute kämpfen die Krieger gegen eine Uebermacht. Ich glaube an Gott, er wird niemals zugeben, daß die gerechte Sache verliert. Selbst wenn Paris fiel, würden wir nicht aufhören, weil wir unsere Treue und unsere Freiheit nicht preisgeben. (Beifall.)" Botha erhebt dann die dringende Forderung, daß jeder geeignete Mann sich sofort einreihen lasse, und betont das günstige Ergebnis, daß die letzten Anstrengungen zur Erhaltung des Mannschafserbeses erzielt.

Was soll denn das vermeintliche überirdische Weisheit sein? Seher behauptet, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Die Seiten kämpften doch i. J. 1914 nicht

Botha für eine gerechte Sache und trotzdem unterlag sie. Es scheint also doch so eine eigenartige Sache mit Gottes Hilfe zu sein!

Das Wahlrecht in Polen.

Der polnische Regentenschaftsrat genehmigte einen Beschluß des Ministerrates betreffend Einberufung des Staatsrates, so daß am 22. Juni die feierliche Eröffnung des Staatsrates stattfindet. Der Entwurf einer Landtagswahlordnung, der vom Ministerrate dem Regentenschaftsrat zur Genehmigung vorgelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht mit gewissen Eigenschaften des Proportionalwahlrechtes vor. Jeder Wahlkreis soll nämlich mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit dem vollendeten 25. Lebensjahre zu, das passive jedem über 30 Jahre. Der Entwurf einer Wahlordnung für den Senat und das Oberhaus bestimmt, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus Wahlen, die andere aus Ernennung hervorgehen soll.

Die Rache der Sieger.

Nach Meldungen aus Stockholm haben die „Weißen" in Finnland 21 Gerichtshöfe zur Aburteilung der von ihnen mit deutscher Hilfe niedergeworfenen „Roten" eingeleitet. Wie es heißt, rechnet man damit, daß von 80 000 Gefangenen einige Tausend zum Tode verurteilt werden. Die Sieger wollen also ein großes Blutbad anrichten, wollen jetzt ihren Blutranch stillen. Wir fragen, wie schon einmal: Könnte hier Deutschland nicht im eigenen, sowie im Interesse Finnlands zugunsten der Verhafteten intervenieren? Denn es liegt auch im Interesse Deutschlands, daß in Finnland Ruhe und Frieden herrscht. Derwirkliche aber die jegliche finnische Regierung ihre Absicht, dann dürfte in kurzer Zeit ganz Finnland wieder in Flammen stehen.

Die
Ludendorff-Gepölk
ist der Dank-Wort des
deutschen Volkes!

Das heißt Opfer über Opfer
empfangen — nun Opfer
selbst und gib!

Die Republik Georgien.

Am 26. Mai haben sich, wie erst jetzt gemeldet wird, in Tiflis das transkaukasische Parlament, das der Träger der Staatshoheit in der transkaukasischen Republik war, und die transkaukasische Regierung aufgelöst. Am gleichen Tage um 4 Uhr nachmittags trat unter dem Vorsitz des Führers der Mehrheit Dschorbania der georgische Landtag zusammen und rief die Unabhängigkeit Georgiens aus. Eine georgische Regierung wurde gebildet, in der Kamisawili den Vorsitz, der ehemalige transkaukasische Ministerpräsident Tschenkeli das Außen- und Dschorbidzidze den Krieg übernahmen.

Die hier genannten Namen gehören alten, bewährten Parteigenossen.

Der Außenminister der neuen Republik Georgien, Tschenkeli, ist mit einer Abordnung in Berlin eingetroffen. Er hat Mitteilung gemacht von der Auflösung der Republik Transkaukasien, hat der deutschen Regierung die Selbständigkeit der Republik Georgien mitgeteilt und gleichzeitig um die Anerkennung der neuen Republik nachgefragt. Die Abordnung hat schließlich die Einberufung einer Konferenz beantragt, in der zwischen der Republik Georgien und den Vertretern der vier Mittelmächte über die näheren Fragen verhandelt werden solle. Die Reichsleitung hat den Gedanken einer solchen Konferenz akzeptiert und versprochen, die Konferenz zu beschicken. Wie wir vernehmen, ist es auch schon zu einer Verhandlung über den Ort der Konferenz gekommen; sie wird voraussichtlich in Konstantinopel zusammenkommen.

Die Kämpfe in Italien.

Wien, 19. Juni. (Amtlich.) Feindliche Vorstöße bei Capo Sile und gegen mehrere Stellen der Venetianischen Gebirgsfront wurden wie an den Vortagen glatt abgewiesen.

Ein neuer Bombengeschwader erzielte bei einem Angriff auf die italienischen Flugplätze von Pavia und Monte Belluna zahlreiche Treffer.

Das Artilleriewerk, das der Feind seit längerer Zeit gegen die hinter unserer Piave-Front liegenden Drijschafften richtet, tobt täglich italienischen Staatsbürgern das Leben.

Der Oberbefehlshaber der Entente-Armeen

in Frankreich, Foch, behandelt in einem Artikel in der englischen Wochenzeitung „Field" militärische Fragen und den Weg zum Siege. Es geht hier nur um einen Mittel, die Vernichtung der organisierten feindlichen Streitkräfte. Nur eine Offensive führe zum Erfolge; das Behaupten von Stellungen sei die Vorbereitung einer Niederlage. Zur Offensive gehöre aber eine möglichst große Zahl mobiler Truppenreserven, mit denen man aber außerordentlich schnell zum Angriff übergehen könne. „Eine Aktion mit dem reinen Kennzeichen der Ueberlegenheit und der Schnelligkeit, woran alle Streitkräfte sich beteiligen, ist unser nächstes Ziel."

Aus diesen Ausführungen kann man entnehmen, daß Foch einen großen Schlag plant und selbstredend auch planen muß. Wir können uns also noch auf ein würdevolles Treffen — vielleicht und hoffentlich das entscheidende — gefaßt machen. Leider ist ja nicht daran zu denken, daß inzwischen doch noch die Furcht liegt.

Irland und England.

Aus London wird gemeldet: Nach einer Depesche der „Daily News" unterzeichneten alle Lords von Irland

ein Schriftstück, daß sie sich der Einführung der Dienstpflicht widersetzen werden. Die feierliche Unterzeichnung dieses Gelöbnisses im Rathhaus von Dublin war von großer Wirkung. Die Tränen verpflichteten sich ebenfalls, keine Arbeit für zwangsweise eingezogene Männer zu übernehmen.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Aus Afrika kommen Nachrichten, die es so gut wie sicher erscheinen lassen, daß es General v. Lettow-Vorbeck auch neuerdings wieder gelungen ist, sich den Verfolgungen des Gegners zu entziehen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 10. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote 7 Dampfer von etwa 26 000 Brutto-Registertonnen. Unter diesen befanden sich die englischen bewaffneten Dampfer „Cambrian King" (3601 Brutto-Registertonnen) mit Flugzeugen und „Snowden" (3189 Brutto-Registertonnen) mit 4000 Tonnen Kohle und 200 Tonnen Stückgut.

Der Chef des Admiraltabes der Marine, Die Neue Schweizerische Korrespondenz meldet, daß weitere Schiffe an der amerikanischen Küste versenkt wurden und daß noch 16 Schiffe als überfällig gemeldet sind. Etwa 40 000 Tonnen Frachtraum wurden bis heute an der amerikanischen Küste durch die deutschen U-Boote versenkt.

Kleine Nachrichten.

Mit geringen Unterbrechungen dauerte die Beschießung von Paris aus Ferngeschützen vom Sonnabend morgen bis Sonntag abend fort. Die Gesamtzahl der Schiffe beweist eine erhebliche Steigerung der deutschen Angriffsmittel.

Die französische Regierung weigert sich, ihren Botschafter Rouleus aus Moskau abuberufen. Wenn die Sowjetregierung mit ihm nicht verkehren will, sei das ihre Privatsache. Die Entente-regierungen beschließen ein gemeinsames Vorgehen in dieser Sache. Ein anständiger Herr hätte an Rouleus Stelle längst seinem Posten Valet gelagt.

An der Palastinafront scheiterte ein neuer englischer Offensivstoß.

Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Lübeck, den 10. Juni 1918.

Der stellvertretende Wortführer Dr. Benda eröffnet die Sitzung um 6.20 Uhr.

Vom ständigen Senatskommissar Dr. Kulenkamp wird mitgeteilt, daß der Senat Lübecks Vertreter im Bundesrat angewiesen habe, dort im Sinne des von der Bürgerschaft beschlossenen Antrages Schwabach, der Kriegsziele nach dem Muster der „Vaterlandspartei" forderer, wirken soll.

Der erste Senatsantrag betrifft den Ankauf der Grundstücke Schulstraße 2 und 4 zum Preise von 32 000 Mark resp. 25 000 Mk. In der kurzen Aussprache wird von einigen Bürgerschaftsmitgliedern gemüßigt, daß eine Befristung der vom Staat anzukaufenden Grundstücke vorher durch die Bürgerschaft ermöglicht werde. Scheitler meint, daß dadurch Verunreinigung der Einwohner oder Angestellten hervorgerufen werden könne, wie sich bei den geplanten Ankauf eines Gebäudes für Polizeiamtswerte gezeigt habe. Darauf wird die Vorlage angenommen.

Der nächste Antrag des Senates hat den Ankauf des Grundstückes Hülsstraße 130, in dem gegenwärtig die Lübecker Badeanstalt betrieben wird, zum Gegenstand. Der Kaufpreis beträgt 50 000 Mark. In der Begründung wird angeführt, die Lübecker Badeanstalt, A.-G., habe erklärt, daß sie sich genötigt sehe, die Anstalt zu schließen, da sich die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht mehr lohne. Sie sei voraussichtlich nicht in der Lage, den Betrieb noch bis zum 30. Juni aufrechtzuerhalten. Die Finanzbehörde hat den Ankauf des Grundstückes empfohlen. Der Senat ist bereit, dem Vorstöße zu folgen. Wenn auch zu hoffen ist, daß in Lübeck in absehbarer Zeit ein großzügig angelegtes Bad gebaut werden wird, so ist doch infolge der Behinderung der Brutalität durch die Kriegsverhältnisse noch nicht in nächster Zeit mit der Errichtung der neuen Anstalt zu rechnen. Es erscheint deshalb notwendig, auch für die Zwischenzeit Vorkehrungen zu treffen.

G. Ehlers: Wir geben diesem Antrage unsere Zustimmung, weil wir die einzige Badegelegenheit Lübecks im Winter erhalten müssen. So gut wie die Badeverhältnisse hier im Sommer sind, so schlecht sind sie im Winter. Notwendig wäre es, der Bürgerschaft eine Statistik über die Benutzung dieser Badeanstalt zu geben. Ihre ganze Einrichtung und die dort herrschenden Zustände seien so, daß in der Hauptsache nur Leute dort hingehen, die sich infolge ihrer Beschäftigung körperlich reinigen müssen oder die medizinische Bäder nehmen. Es sei sehr zu bedauern, daß man nicht schon längst die notwendige Schwimmhalle gebaut habe. Jedenfalls habe der Staat die Pflicht, unter möglichster Verbesserung ihrer Einrichtungen die Badeanstalt fortzuführen.

Senator Kabe betont, daß der Senat gleichfalls der Meinung sei, daß die Badeanstalt jetzt nicht eingehen dürfe. Zu beachten sei auch, wie wertvoll das Grundstück sei, das den Schlüssel zu dem dahinterliegenden Gelände bilde.

Dr. Ziehl unterstreicht die von Ehlers geübte Kritik und stellt die Frage, wie die Fortsetzung des Betriebes gedacht sei: ob in staatlicher Regie oder durch Verpachtung. Der Baderat müsse der Bürgerschaft vorgelegt werden.

Senator Kabe antwortet, daß über diese Frage noch keine Entscheidung getroffen sei.

G. Ehlers trat für Fortführung in staatlicher Regie ein. Es müsse so Gutes geschaffen werden, wie nur unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei.

Senator Kabe glaubt, daß nur der staatliche Betrieb in Frage komme, da sich kaum ein Pächter finden werde.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Thiele, Gen. Ehlers, Ahlers, Scharrif und Dr. Ziehl, die zum Teil wiederholt das Wort nehmen. Dann erhält die Senatsvorlage die Zustimmung der Bürgerschaft.

Nunmehr stand zur Beratung der Senatsantrag betreffend den Verkauf des Grundstückes Braunstraße 34, in dem früher das Elektrizitätswerk der Maritbahn untergebracht war. Der Verkaufspreis beträgt 45 000 Mk.

Hend Nagel berichtet, daß infolge der Futtermittel den Landwirten viele Pferde verloren gingen und bedauert, daß die Schmiebe in der Schönholzer Straße eingegangen sei, die früher von den Landwirten benutzt werden konnte.

Demgegenüber wurde angeführt, daß die Bürgerschaft ja dem Verkauf der Schmiebe mit zugestimmt habe.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Eine länger Debatte rief der Senatsantrag betreffend zeitweilige Aufhebung des Artikels 14 Absatz 4 der Verfassung hervor. Dieser Absatz bestimmt: Der vom Vorsth (im Senat) Abtretende kann nicht sofort wiedergewählt werden. Diese hinsichtlich der Ratssetzung gegogene Schranke zeitweilig zu beseitigen und in unter den gegenwärtigen besonderen Umständen die Möglichkeit einer einmaligen sofortigen Wiederwahl des abtretenden Bürgermeisters zu schaffen, entspricht, wie der Senat zur Begründung anführt, dem staatlichen Interesse an einer ersprießlichen Fortleitung der Regierungsgeschäfte. In der Bürgerschaft war eine starke Strömung gegen diese Verlängerung der Amtsdauer des Bürgermeisters vorhanden. Nur mit knapper Mehrheit

Welle nicht mit Zweidrittelmehrheit — gelangte der Antrag schließlich zur Annahme. Die Begründung war aber auch zu dürftig, und was vom Senatstische hinzugefügt wurde, richtete sich nur an das Gefühl und war nicht durch sachliche Angaben gestützt. Der Versuch, die ganze Angelegenheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln, fand weder beim Senat noch bei der Mehrheit der Bürgerschaft Gegenliebe.

In der Erörterung des Senatsantrages wandte sich Dr. Ziehl gegen den Senatsantrag in der vorgeschlagenen Fassung. Er durchbrach das in der Verfassung vorgezeichnete Prinzip, nach welchem die Amtszeit des Bürgermeisters auf zwei Jahre begrenzt werde. Diese Bestimmung sei geschaffen, um dem Einfluß eines Einzelnen im Senat, der ein Kollegium von Gleichen sei, nicht zu groß werden zu lassen. Auch in der Handelskammer sei man diesem Beispiel gefolgt. Er würde nur für den Antrag des Senates in der Form sein, wenn präzise gesagt werde, daß die Amtsdauer des gegenwärtigen Bürgermeisters um 2 Jahre verlängert werde. Von ihm wurde ein entsprechender Antrag gestellt.

Senator Dr. Stoos meint, man müsse die Notwendigkeit des Senatsantrages fühlen. In der Hand des Bürgermeisters liegen alle Fäden zusammen und da sei es gerade bei den jetzt angedachten Verhandlungen aus Anlaß der bevorstehenden Uebergangswirtschaft von Bedeutung, daß sie von der gleichen Person fortgeführt würden.

Senator Dr. Aulenkamp betont, daß es sich nur um eine zeitweilige Maßnahme handle und daß diese Maßnahme im Staatsinteresse liege.

Ziehl: Die Verfassung sollte nur dann geändert werden, wenn dafür eine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Das ist hier jedoch nicht der Fall. Jedenfalls sind dafür im Senatsantrage oder vom Senatstische keine Gründe dieser Art angeführt. Während des Krieges hat der Vorsitz im Senate mehrmals gewechselt, ohne daß erkennbare Nachteile für den Staat entstanden wären. Die besonderen Umstände, auf welche das Senatsgesetz hinweist, lagen auch damals vor. Diplomatische Verhandlungen für Lübeck kann der gegenwärtige Bürgermeister auch dann führen, wenn er nicht dem Senat mehr präsidiert. Das war ja auch früher der Fall. Wir glauben auch nicht, daß er dann weniger Erfolg haben wird, denn dieser hängt doch wohl in der Hauptsache von seinem diplomatischen Geschick und dem Gewicht der von ihm ins Feld geführten Gründe ab, und diese pflegen nicht an das Amt des Bürgermeisters gebunden zu sein. Nachdem die Verfassung die Bestimmung enthält, daß der Bürgermeister zwei Jahre amtiert, soll, sind wir der Meinung, daß man sie beachten muß. Viel wichtiger als solche kleineren Verfassungsänderungen sei es, die große Verfassungsreform, die wirklich notwendig ist, zu fördern.

Senator Dr. Stoos gibt zu, daß bisher aus dem Wechsel im Senatsvorsitz während des Krieges dem Staate kein Nachteil erwachsen ist und daß auch weitere diplomatisch befähigte Kräfte im Senate vorhanden sind. Bei den Verhandlungen, die er jetzt zu führen hat, handelt es sich mehr um solche mit auswärtigen Mächten als solche im Bundesrat.

Ubers erinnert daran, daß gerade der gegenwärtige Bürgermeister seinerzeit dafür gewarnt hat, ohne Not die Verfassung zu ändern. Diese Worte sollte man beherzigen und den Senatsantrag ablehnen.

Dr. Ziehl: Wir haben vom Senatstische nun mehr Worte gehört, als in der Vorlage zur Begründung angeführt sind. Die wirklichen Gründe für das Verlangen des Senates könnte man in der Breiten Straße hören. Der Senat wolle sie aber anerkennend der Bürgerschaft nicht mitteilen.

Dr. Wittern ist gegen unnötige Verfassungsänderungen und glaubt, daß mit dem Antrage Dr. Ziehl die Bürgerschaft ihre Kompetenzen überschreite. Deshalb lehne er beide Anträge ab.

Schiemann, Niemann, v. Brocken und Meyer-Lürken befürworten den Senatsantrag damit, daß der Senat einstimmig den Wunsch habe, daß der gegenwärtige Bürgermeister weiter amtiere und daß in Rücksicht auf die Lübecker Verhältnisse zum Osten es notwendig sei, daß er die in Frage kommenden Verhandlungen führe.

Unter Absegnung des Antrages von Dr. Ziehl gelangt der Senatsantrag in erster Lesung zur Annahme.

Der fünfte Senatsantrag betrifft den Ausbau des Konstinbahnhofs. Zunächst werden dafür 375 000 Mk. gefordert.

Hauptpastor Coers wünscht, daß die Linienführung des Anschlußgleises so gestaltet werde, daß dadurch die ideale Schönheit des Ehrenhofes nicht gestört wird und stellt ein entsprechendes Ersuchen.

Nachdem der Senat erklärt, daß die Frage jetzt schon von ihm geprüft wird, zieht Coers sein Ersuchen zurück.

Der Senatsantrag wird angenommen; ebenso fast debattielos die folgenden Senatsanträge:

Betrieb der Privatbahn (7500 Mk.), Erhöhung des Ablaufberges für die Rangiergleise der Uferbahn in Dänischburg (Weitere 7500 Mk.), Kriegszuschläge für Schreibgehören, Mieten von Räumen für das Statistische Amt (3800 Mk.). Um 8,20 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Für unsere Feldgrauen.

Krankenlohnung.

Die Löhnung erkrankter oder verwundeter Soldaten betrug früher pro Tag 10 Pfennige. Auf das Drängen der sozialdemokratischen Fraktion ist im Jahre 1915 verfügt worden, daß diese Soldaten die volle immobile Löhnung erhalten sollen, damals 33 Pfennige, seit 21. Dezember 1917 50 Pfennige pro Tag. Die immobile Löhnung ist zusätzlich von der Aufnahme ins Lazarett ab, gleichgültig, ob der Mann sich in einem Lazarett in der Heimat oder in einem solchen in den besetzten Gebieten befindet. Diese Löhnung wird solange bezahlt, bis der Mann aus dem Lazarett entlassen wird, entweder als geheilt, dann tritt er zum Erlohtruppentheil über oder als nicht heilbar, dann tritt keine Rente in Kraft, sofern das Vorliegen einer Dienstbeschädigung anerkannt wird. Nach einer Kabinettsorder vom 18. Mai 1917 darf während des Krieges auch für die in Irrenheilstätten aufgenommenen geisteskranken Heeresangehörigen, Weiterzahlung der Löhnung bis zur vollen Höhe bewilligt werden, soweit sie in dieser Zeit vom Verleihen des Kranken verwendet werden kann oder zum Unterhalt seiner Angehörigen erforderlich ist. Die Bestellung eines Pflegers, nur zum Zwecke des Empfangs der Löhnung, kommt nicht in Frage. Der Leiter der Anstalt kann die ihm gezahlten Beträge nach pflichtmäßigem Ermessen zum Vorteil des Kranken oder seiner Angehörigen verwenden. Die Gewährung der Löhnung zur Unterhaltung der Familie darf nur stattfinden, wenn der Kranke auch vor der Erkrankung seine Angehörigen aus seinen Löhnungsgebühren unterstützt hat oder nachträglich Umstände eingetreten sind, die eine weitgehende Unterstützung notwendig machen. Die Bewilligung erfolgt durch die zuständige stellvertretende Intendantur.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 11. Juni.

Maßschuhwerk und Schuhbesserungen.

Während breite Bevölkerungsschichten darauf angewiesen sind, nur noch Schuhwerk aus Ersatzstoffen zu tragen, sieht man hier und dort noch Personen in Lederstiefeln, die durch ihre Verschwendung von Leder, vor allem durch ihre hohen Schäfte auffallen. Es ist natürlich, daß dieses Mißverhältnis Anwillen erregen muß. Um der Materialverschwendung für Luxusstiefel entgegenzuwirken, hat die Reichsstelle für Schuhversorgung jetzt in einer Bekanntmachung ausdrücklich den Vertrieb von Maßschuhwerk in Luxus-

Der amtliche Kriegsbericht.

Weitere Fortschritte südwestlich Nonon.
Heftige feindliche Gegenwehr gebrochen.
Mehr als 10 000 Gefangene.

222. Großes Hauptquartier, 11. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

tagsüber mächtige Gefechtsstätigkeit lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Derselbe Einbruch des Feindes an der Straße Corbie-Bay wurden durch Gegenstöße zum Stehen gebracht. Vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In zwei Kampftagen hat der Angriff der Armee v. Gutier zu dem beabsichtigten Erfolg geführt und uns in den Besitz des Höhenlandes südwestlich von Nonon gebracht. Der Stoß traf einen auf unseren Angriff vorbereiteten tiefergliederten Feind in starker Stellung. Die französischen Divisionen konnten trotzdem der ungeklümmten Angriffskraft unserer Truppen nicht widerstehen. Auch die zu einheitlichem Gegenangriff herangezogenen Divisionen der französischen Heeresreserve wurden gestern in erbittertem Kampfe zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Angriffslügel behaupteten Truppen des Generals v. Dettinger die südlich von Hainvillers genommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe.

Die Truppen des Generals v. Nebern stießen im Kampfe bei Courcelles und Mery. Beiderseits der Straße von Roye-Frettes-St. Denis eroberten wir die Höhenrücken östlich von Mery, durchsichtigen die vierte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Aronde zurück.

Trotz zäher feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals v. Schoeler den Uebergang über die Maq. Nach Erkämpfung der Höhen von Marquessie und des Bignemontberges drangen sie in unaufhaltbarem Angriffe bis Anthuis vor.

Das Korps des Generals v. Hoffmann hat in zähen Kampfe das feindliche Stellungsgewirr auf den Höhen östlich von Thiescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Dife abfallenden Höhen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht; damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit dem 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75 000.

An der Front von der Dike bis Reims ist die Lage unverändert. Verlässliche Angriffe des Feindes nordwestlich von Chaucan-Ticren brachen verlustreich zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Sudendorff.

ausführung verboten. Stiefel, deren Schafthöhe ein bestimmtes Maß übersteigt, dürfen nicht mehr hergestellt werden. Ausgenommen ist natürlich Berufsschuhwerk und orthopädisches Schuhwerk, das hohe Schäfte erfordert.

Die gleiche Bekanntmachung sucht auch Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß die Bevölkerung durch Fußarbeit bei der Ausbesserung von Schuwaren geschädigt wird. Ausbesserungen sollen nur noch durch gelernte Handwerker oder durch Ausbesserungsbetriebe unter sachmännlicher Leitung vorgenommen werden dürfen. Diesen Zweck sucht die Bekanntmachung dadurch zu erreichen, daß sie die Ausbesserung von Schuwaren nur noch solchen Betrieben gestattet, die von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder eine Ueberzeugung erhalten. Darunter fallen alle Handwerksbetriebe, die kommunalen Ausbesserungswerkstätten wie auch die unter sachverständiger Leitung stehenden Werkstätten staatl. oder gemeinnütziger und privatwirtschaftlicher Unternehmungen, denen eine gleichzeitig veröffentlichte Bekanntmachung in Zukunft wie den Handwerksbetrieben und den kommunalen Werkstätten die zum Ueberbezug berechtigenden Ueberzeugungen zuweist. Damit werden jene Betriebe, die bisher ohne die erforderliche Sachkunde Ausbesserungen an Schuwaren mit Ersatzmaterialien vorgenommen hatten, aus der Reihe der zugelassenen Betriebe ausgeschlossen. Inzwischen wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß solche lediglich Ersatzstoffe (Holzsohlen usw.) verarbeitende Personen sich die nötige Sachkunde angeeignet haben, und die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe im öffentlichen Interesse liegt. Für diesen Ausnahmefall sieht die Bekanntmachung vor, daß die zuständige Behörde die Erlaubnis zur Weiterführung des Betriebes erteilen kann.

Es wird gehofft, daß durch diese Regelung mit den vielfach bestehenden Mißständen, die wertvolles Material vergeuden, ohne dem Publikum für teures Geld entsprechende Arbeit zu liefern, ausgeräumt wird. Für alle nach zu Ausbesserungsarbeiten zugelassenen Betriebe werden im Interesse der Bevölkerung ebenfalls wichtige Bestimmungen getroffen: Die Ausbesserungsarbeiten sollen grundsätzlich stets in der Reihenfolge der erteilten Aufträge erledigt werden. Die Kommunalverwaltungen können anordnen, daß über die erteilten Aufträge, das verwendete Material, die Kosten und den berechneten Gewinn genau Buch geführt wird. Nach wie vor bleiben die Bestimmungen gültig, daß bei der Preisberechnung die Richtsätze der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise nicht überschritten werden dürfen, daß den ausgebesserten Schuwaren bei ihrer Übergabe ein Begleitschein mit Angabe des dafür berechneten Preises usw. beigelegt werden muß, und daß die mit Ausbesserungsarbeiten beschäftigten Betriebe eine Preisberechnung zum Ausgang zu bringen haben, aus der sich der Endpreis und die Art der Berechnung für Sohlen und Fäden ergibt.

Diese Bestimmungen ergänzen und verhärtet die neue Bekanntmachung noch durch die ausdrückliche Anordnung, daß für die Ausbesserung von Schuwaren und für die Abgabe von Nachschußwerk keine andere Gegenleistung als der Aufwand der Richtsätze zu berechnende Geldpreis gefordert oder angenommen werden darf. Es ist den Schuhmachern also verboten, ihre Arbeit von der Übergabe von Lebensmitteln oder anderen Zuwendungen abhängig zu machen. Unzuverlässige Betriebe können von den zuständigen Behörden fortan geschlossen werden. Als Tatkunden, welche die Unzuverlässigkeit dargun, werden in der Bekanntmachung ausdrücklich genannt die Ueberbreitung der Richtsätze, wiederholte willkürliche Bevorzugung einzelner Besteller, unangemessene Ausbesserung der Ausbesserungsarbeiten, ungewöhnliche Verwendung von Rohstoffen und dergleichen. Auch Geld- und Gefängnisstrafen für Zuwiderhandlungen gegen die neue Verordnung sind vorgesehen.

Ob die neue Bekanntmachung dazu beiträgt, die Klagen über Mißstände im Schuhmacherhandwerk zu beseitigen und die Bevölkerung vor Ueberforderungen zu schützen, muß abgewartet werden.

Nachdem die Schuhpreise so hoch sind.

Der „Frankf. Zeitung“ wird geschrieben: Bei der Beurteilung der Preise (in der Schuhindustrie) ist zu beachten, daß die billigsten Schuhfabriken, etwa 1100—1200, am Gewinn der weiterarbeitenden 250 bis 300 Betriebe beteiligt sind, daß diese letzteren also erheblich verdienen müssen, um die etwa fünfjährige Zahl der stillgelegten Betriebe zu entschädigen. Die Richtsätze der Gutachterkommission für Schuhwaren-Höchstpreise entsprachen eine Kritik durch ein Urteil, das einen Schuhhändler, der auf Schuhwaren 28 Prozent aufgeschlagen hatte und in erster Instanz wegen Wuchers verurteilt worden war, in zweiter Instanz freisprach, weil er sich ganz den Richtsätzen der Kommission angepaßt hatte. Diese Richtsätze weichen nun ganz beträchtlich von der Anschauung der Gerichte über angemessenen Gewinn ab. Es sind Fälle damit vorgekommen, wo der Schuhhändler bis 55 Prozent aufgeschlagen darf und der Kleinhändler bis 40 Prozent Profitgewinn nehmen kann.

Eine eingehende Nachprüfung dieser Verhältnisse erscheint notwendig. Das sind in der Tat ganz unerhörte Ausschläge. Würde also ein Paar Schuhe von der Fabrik aus 25 Mk. kosten, so kann der Großhändler dafür 31 Mk. berechnen und der Kleinhändler dürfte dann nochmals 12 Mk. draufschlagen, also für 43 Mk. verkaufen! Kein Wunder, daß ein gering bemittelter Mensch keine Schuhe kaufen kann, selbst wenn er dafür einen Bezugschein hätte. Die Handelsausschlüsse machen da mehr aus, als der Preis des Produkts!

Brotstimmelformung.

Alljährlich in der heißeren Jahreszeit tritt bei unserem Volk die unliebbare Stimmelformung auf. Der Grund hierfür ist in den verschiedenartigen Streckungsmitteln und der Wirkung des größeren Feuchtigkeitsgehaltes auf diese zu suchen. Begreiflicherweise wird eine vorzogene Hausfrau bei den knappen Nahrungsmitteln möglichst auf altbackenes Brot halten. Um bei Aufwahren des Brotes der Stimmelformung vorzubeugen, ist zu empfehlen, das Brot möglichst luftig, nicht in verpackten Kapseln, zu bewahren. Man lege es nicht auf die Bretter, sondern lege oder stelle es aufrecht, damit es die Luft von allen Seiten bekommen kann. So gehaltenes Brot ist erfahrungsgemäß der Stimmelformung weniger ausgelegt, als in geschlossenen Behältern verwahrt.

Schöffengericht. Sitzung vom Dienstag. Die Ehefrau N. aus Moising, die in Selbsthilfe den 12jährigen Schulknaben St. geprüft hatte, weil er ihre Kinder nicht in Ruhe gelassen wurde zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte bei der Züchtigung ein Messer in der linken Hand, an dem sich der Knabe so erheblich verletzt hatte, daß er 3 Wochen in Behandlung gewesen ist. Es war deshalb fahrlässige Körperverletzung anzunehmen. Ein Kaufmann S. in Stockholm hatte an hiesige Verwandte 1000 Rubel geschickt, die sie in Deutschland verkaufen sollten. Durch Urteilspruch wurden die 1000 Rubel eingezogen, im übrigen aber die Kosten der Staatskasse auferlegt. — Die Ehefrau N. sollte in der Sprechstunde eines hiesigen Arztes, zu dem ein zufälliger Gegenangener zur Konsultation gebracht worden war, den Lombstürmann M. beleidigt haben. Weil der Gefangene anscheinend aus Schwäche an der Wand lehnte und seinen Stuhl angebunden bekam, machte Frau N. ihren Anwillen in der Anweisung: „Ungehört! Unst. Inherden habe sie auf der Straße — als der Begleitmann M. ihr deshalb die Verhaftung androhte behufs Festhaltung ihrer Persönlichkeit — von ihm gesagt, „der junge Bengel weiß ja selbst nicht, was er tun und lassen soll“. Wegen dieser Uebersetzung stellte der Soldat, der übrigens aus Militärhaft vorgeführt wurde, Strafantrag wegen Beleidigung. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 15 Mk. Der Staatsanwalt hatte 50 Mk. beantragt. — Eine Verhandlung gegen den Arbeiter A. wegen Gefährdung eines Straßenbahnzuges wurde behufs weiterer Zeugenvernehmung ausgesetzt. Der Arbeiter, der auf dem hinteren Wagen eines Kohlenlastwagens der Firma Diesel lag, sollte sich strafbar gemacht haben, weil er den Chauffeur nicht rechtzeitig von dem Herannahen eines Straßenbahnwagens Mitteilung gemacht und so den Zusammenstoß verhindert hätte. U. E. kann die Anklage gegen den Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden, da er erstens angeblich keinen Auftrag hatte, den Chauffeur zu unterrichten, sondern nur bei abhänfigem Wege zu bremsen, und zweitens der Chauffeur bei dem starken Notalarm einen Warnungsruf auch nicht gehört hätte. — Endlich wurde die Arbeiterin D. aus Schönberg wegen gewerbetreibender Unzucht und Diebstahls an einem Monat und der Arbeiter M. der nicht weniger als 16 Kartons wegen Unzucht, Diebstahl und Schlerel auf dem Kerkholze hatte, und die von der D. gestohlenen Sachen weiter verkaufte, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Seine Ehefrau getötet hat: der auf Urlaub befindliche Landmannmann Brandstedt im Juli vorigen Jahres in den Höhenweiler Länken. Er wurde darauf fahndlich und verhaftete sich im Gefängnis, wo er nach einiger Zeit ergriffen wurde. Nunmehr ist Brandstedt vom Kriegsgericht zu 11 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln. sowie wegen Wuchers und Kettenhandels standen in der vorigen Woche, wie wir am Sonnabend berichteten, drei Angeklagten der Lübeck-Büchener Bahn, der Lagermeister der Rübhausgesellschaft und ein Handlungsgehilfe vor dem hiesigen Schöffengericht. Es handelte sich um Versteigerung mit Butter und Kettenhandel mit geräucherter Fleisch. Heute wurde das Urteil verkündet. Einer der Angeklagten, R. . . . r erhielt 350 Mk. Geldstrafe und muß ebenfalls 250 Mk. zurückzahlen; D. . . . r soll 250 Mk., R. . . . r 300 Mk. und G. . . . r 150 Mk. Strafe zahlen.

Überder Straßenbahn. Betriebsgegnisse für den Monat Mai. Befördert sind 1918: 2322 900 Personen, 1917: 1935 215 Personen, mehr 387 775 Personen. Eingenommen sind 1918: 240 110,82 Mk., 1917: 192 323,84 Mk., mehr 47 786,98 Mk.

Der Sudendorff-Spende wurden vom Gewerkschafts-Komitee weiter übermietet: Handwerker und Arbeiter der Hauptwerkstätte der Lübeck-Büchener Eisenbahn 775 Mk., Arbeiter der Firma Sings u. Stech, Möbelabrik, 17 Mk., Arbeiter der Firma Weiners 18 Mk., Arbeiter der Firma Koller u. Hörnig 18 Mk., Handwerker und Arbeiter der Lübecker Kohlen-Großhandel-Gesellschaft 14 Mk., Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gognram u. Jürgans 30,50 Mk., Arbeiter der Firma Brüggemann u. Sohn 106 Mark, Arbeiter der Firma Diesel (Baugierbetrieb und Kohlenhebe) 17,50 Mk., Arbeiter der Ueberlandzentrale 319 Mk., Arbeiter der Birkenfabrik, Moisinger Allee, 193,50 Mk.

Ziegenzucht. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Landwirtschaftskammer aus hochstehenden hiesigen Züchtern eine größere Anzahl Ziegenlämmer eingeführt, die sie an Mitglieber Lübeckischer Ziegenzüchtervereine zu einem bedeutend ermäßigten Preise als Zuchttiere abzugeben gedenkt. Bedauerlich ist, so heißt es in der Zucht, daß in der Stadt Lübeck sich heute ein Ziegenzüchterverein nicht bezieht. Vielleicht entschließen sich Freunde der Sache, nunmehr die Gründung eines Vereins für den Stadtbereich in die Hand zu nehmen. Wenn ja, so hat in der Stadtzeit die Ziege ihre große volkswirtschaftliche Bedeutung erwieien. Die Förderung ihrer Zucht und Züchtung wäre daher wohl einige Mühe wert.

pb. Dieblicher Kellner. Ermittelt und festgenommen wurde ein Kellner aus Altenstein, der einer in Mienborn a. St. wohnhaften Person einen Geldbetrag gestohlen hatte. Der Festgenommene hat ferner noch eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten wegen eines anderen Diebstahls zu verbüßen.

pb. Verhaftet wurde ferner ein Dienstmädchen, das seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls verdächtig befunden wurde.

pb. Aus dem Gefangenenzug entflohen. Auf dem hiesigen Personenbahnhof wurden gestern zwei Kriegsgefangene flüchtig gehalten und festgenommen, die aus dem Gefangenenzug in Gottbus entwichen waren.

pb. **Entwendeter Handwagen.** Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist am Sonnabend, d. 8. d. Mts., aus der Markthalle ein außen blau und innen gelb gestrichener Handblodwagen.

Entm. Anschließ an die Lübecker Ueberlandzentrale. Da das städtische Elektrizitätswert in Bramstedt infolge des geringen Stromverbrauchs und der hohen Kohlenpreise sehr teuer arbeitet, beschloß die Stadtvertretung, sich an die Lübecker Ueberlandzentrale anzuschließen, sofern die Vorarbeiten ein günstiges Resultat ergeben. Der Strom kostet hier augenblicklich 1,25 Mk., die Zentrale will ihn für 35 Pfg. liefern.

Dassow. Einem Feuer fiel in der Nacht zum Sonntag das Badhaus und das daran liegende Wagenschauer zum Opfer. Ein neuer Baumwagen, ein Kutschwagen, vieles Gerät und Holzvorräte sind mitverbrannt.

Hamburg. Die „Flamme von Neuenhampm“ erloschen. Die Direktion der Gaswerke teilt mit, daß die Erdgasquelle in Neuenhampm, nachdem seit längerer Zeit der Druck nach und nach immer mehr herabgegangen war, nunmehr völlig versiegt ist. — Wegen Vergehens gegen § 6 des Preckgesetzes war der Buchdruckereibesitzer Karl Siegmund vor dem Landgericht Hamburg, Strafammer III, angeklagt. Im März 1917 wurde hier ein Flugblatt verbreitet mit der Ueber-

schrift: „Arbeiter und Arbeiterinnen: Nieder mit dem Krieg, wir wollen Frieden!“ Die Druckerschrift trug nicht den Namen des Druckers, jedoch ergaben die Ermittlungen, daß sie in der Druckerei des Angeklagten hergestellt sein sollte. Dies bekräftigt der Angeklagte in der jetzigen Verhandlung. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte das Flugblatt gedruckt, es zwar nicht selbst verbreitet, aber anderen Personen zur Verbreitung gegeben hatte. In Rücksicht auf den Inhalt des Flugblattes wurde auf zehn Monate Gefängnis erkannt.

Kostedt bei Altona. Töblicher Unfall. Der in der Hindenburgstraße in Kostedt wohnende 18-jährige Sohn eines Einmohlers, der in Kürze zum Militär eingezogen wird, zeigte seinem 12-jährigen Bruder einen Revolver, den er sich gekauft hatte. Hierbei ging ein Schuß los, der dem Jungen den Oberarm durchbohrte. Er fiel zur Erde und starb, bevor noch ärztliche Hilfe zur Stelle war.

Neuenhampm. Wie man zu Lebensmitteln gelangt. Der hier erscheinende „Post-Courier“ berichtet von einem Geniestreich eines Hamburgers, der sich auf folgende Art in den Besitz von viel begehrten, ach so knappen und an gewissen Stellen doch noch so reichlichen Lebensmittel setzte. In einer Gastwirtschaft lud ein Hamburger die anwesenden Landleute zum Mittrinken ein und ließ dabei mehrere hundert Mark draufgehen. Alsdann versprach er den Leuten große Vorräte Binsfaden für

ihren Wirtschaftsbetrieb, die er außerordentlich preiswert liefern wollte, falls ihm als Äquivalent für seine Mißverwaltung für Höchstpreis Lebensmittel überlassen würden. Die Landwirte, froh, den so dringend notwendigen Binsfaden erhalten zu können, gingen auf das Angebot ein und lieferten beträchtliche Mengen Schinken, Speck, Eier, Mehl usw. zu Höchstpreisen. (!) Insgesamt zahlte der Hamburger gegen 1500 Mark. Die Waren wurden ihm dann mit Fuhrwerk zur Stadt gefahren und er schaffte sie unbeschädigt nach Hamburg weiter. Zu spät ward den Landwirten inne, daß sie sich arg überföheln ließen, denn der geriffene Hamburger, zweifelsohne ein Händler, der die Waren zu Marktpreisen wieder veräußert, läßt nichts mehr von sich hören und auf den bestellten Binsfaden werden sie wohl für immer vergeblich warten können. — Verwunderlich ist nur, wie die Landwirte zu den „beträchtlichen Mengen“ Schinken, Speck, Eier und Mehl kommen. In den Städten kennt man solche leckere Sachen wie Speck und Schinken nur noch dem Namen nach, und Eier und Mehl werden in unzureichenden Mationen gereicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Der gute Ruf

meines Hauses geht weit über die Grenzen Lübecks hinaus! Meine großangelegten Abteilungen sind infolge rechtzeitiger, großzügiger Dispositionen mit vortheilhaften, guten Waren noch reich gefüllt. Sie bilden daher eine vorbildliche Einkaufsstätte für jeglichen Bedarf.

Rudolph Rumpff & Söhne

Bekanntmachung
betr. Neugestaltung der aufinsgesamt 50 Gramm Gebäck lautenden Reichsbrotmarken.
1. Technische Schwierigkeiten in Bezug auf den Zahlendruck machen es erforderlich, die 10-Gramm-Abschnitte der auf insgesamt 50 Gramm lautenden Reichsbrotmarken wegfällen zu lassen. Dadurch werden die Marken wie folgt umgestaltet:
Der kleine schwarze Reissabdrucker erscheint am linken Rande. Die Wertangabe unter dem Wort „Reisbrotmarke“ wird anstatt „40 g Gebäck“ künftig „Münze 50 Gramm Gebäck“ lauten. Endlich werden die 50-Gramm-Markenscheine um 1 cm schmaler gehalten werden.
2. Die in Bayern und Württemberg zur Ausgabe gelangenden 50-Gramm-Marken werden sich von den in den übrigen Bundesstaaten auszugebenden nicht mehr unterscheiden.
3. Durch die Umgestaltung wird die Gültigkeitsdauer der bisherige mit 10-Gramm-Abschnitten versehenen 50-Gramm-Marken nicht berührt. Sie bleiben also neben den Marken ohne 10-Gramm-Abschnitte dauernd gültig.
Lübeck, den 10. Juni 1918. (2740)
Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.
In der Woche vom 10. bis 16. Juni 1918 werden 200 gr Rindfleisch oder 400 gr Frischwurst oder 200 gr angeräucherte oder 160 gr Dauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.
Lübeck, den 10. Juni 1918. (2735)
Das Polizeiamt.

Ausgabe von Speisemarken.
Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:
Die Ausgabe der Speisemarken für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli 1918 erfolgt vom Mittwoch, dem 12. Juni 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags 3 Uhr bis 6 Uhr in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, Königstr. 69.
Für die Zeit vom 15. Juni bis 15. Juli 1918 werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgegeben.
Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:
1. einer der für Juni und Juli für Mühlenfabrikate gültigen Abschnitte 35 bis 38 der Bezugskarte,
2. einer der zum Bezuge von Zucker für Juni und Juli gültigen Abschnitte 41 bis 45 der Bezugskarte und
3. jedes Unterabschnittes der Abschnitte 7 bis 11 der Kartoffelkarte. Selbstversorger und Personen, welche auf diese Abschnitte 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I, einen entsprechenden Ausweis.
Die Ausgabe von Speisemarken für auswärtig wohnhafte Personen, welche hier in feiner Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II.
Lübeck, den 10. Juni 1918. (2734)
Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.
Wir haben größere Posten
leere Blech-Marmeladeneimer mit Deckel, Marmeladentübel, Zigarrentüten und Macarinetartons
auf unserm Lager, Hansastr. 160, abzugeben. (2746)

Bekanntmachung.
§ 3 der Verordnung über den Verkehr mit Reisbrotmarken vom 8. Oktober 1917 und 11. März 1918 erhält folgende Fassung:
Für jeden Reisetag dürfen einer Person Reisbrotmarken über höchstens 20 Gramm Gebäck ausgehändigt werden, wofür ihr vorliegendes Reisbrotmarken geführt werden, wie der Tagesmenge im Kommunalbesitz und Lübeck entsprechen.
Lübeck, den 10. Juni 1918. (2739)
Das Polizeiamt.

Verkauf von holländischen Rotgänzen.
Bis auf weiteres werden vom Markthallenaufseher werktäglich während der Zeit von 8 1/2 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlegung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Rotgänze entgegengenommen.
Der Preis beträgt Mk. 7,80 für das Stück.
Eine Anrechnung auf die Fleischkarte findet nicht statt.
Die Ausgabe der bestellten Rotgänze erfolgt nur Mittwochs und Sonnabends in der Markthalle während der Zeit von 8 1/2 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags gegen Barzahlung.
Der Ernährungsaußsch.
2731

Kaninchen mit 5-6 Wochen alt. Jung zu verkaufen. (2729) Stitenstr. 12, pt.
Am Sonnabend Rappe von Schülerpelerine verl. v. Brodeschule - Vorbeschr. Abzug, gegen Belohn. Vorbeschr. 1, I. (2737)
Zu kaufen gesucht (2747)
Hausstandslampen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.
Telephon 2430.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Operetten-Gastspiel.
Heute abend 8 Uhr: (2745)
Die tolle Komtesse.

Bekanntmachung.
Vom Sonnabend, dem 15. Juni 1918 ab dürfen auf beide Mehlmartenabschnitte der Fleischkarte zusammen wahlweise nur 20 Gramm Mehl oder 150 Gramm Mehl abgegeben werden. Säcken und Säckchen wird vom Polizeiamt die entsprechende Bescheinigung zur diesbezüglichen Verfertigung, wenn sie ungetrennt eingereicht werden. Auf einzelne Mehlmartenabschnitte darf kein Mehl oder Mehl abgegeben werden.
Zusammenfassungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Lübeck, den 10. Juni 1918. (2738)
Das Polizeiamt.

Jch bin da!
Jeder darf radfahren mit meinen erlaubten freien. Erg. - Spiralfederreifen 7,75. Holzreifen 6,25. La. Schaufelreifen 17,50. Eisenring 11.-, elastischer Federholzreifen 13.- Mk. alle per Stück, kann jeder auf jede Felge auflegen. Um tausch geklärt, also kein Risiko. Zustellung geliefert. Wiederverkauf über Rohreit. (2732)
Schlawe, Berlin 363/S 79, Weinmeisterstr. 4.

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs.
Dienstag, den 11. Juni 1918:
Die treue Magd.

Bekanntmachung
betreffend den Verkauf von Seefischen.
Von heute ab bis auf weiteres dürfen Seefische gegen Abschnitt 1 des Fischkartenheftes abgegeben und entnommen werden.
Lübeck, den 11. Juni 1918. (2744)
Das Polizeiamt.

Sozialdemokratische Frauen.
Zusammentunft
Donnerstag, den 13. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
Besprechung der Ferien-Ausflüge.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand. (2748)

Komödie von Bruno Frank.
Mittwoch, den 12. Juni 1918:
Gastspiel von Max Reichel
Wiener Blut.

Operette von Johann Strauß.
Donnerstag, d. 13. Juni 1918:
Der Vogelhändler.
Operette von Zeller.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Haus Wallenhoffstr. mit zwei 3-Zimmer-Wohnung, Keller, Hofplatz, gr. Stall anstehend, zu verkaufen. Eine Wohnung wird mietfrei. Näheres (2736) A. Christmann, Bahnh. 30. (2730)

Zu verkaufen ein Seejaht und zwei Reihbreiter. H. Fick, Mariesgrube 39.
Einige Zentner Kautschuk, zwei Ziegenlammer u. eine Petrol-Siegelampe zu verkaufen. Fetschstraße 31. (2748)

Das neue Reichstagspräsidium.

Der „Vorwärts“ schreibt:
Die Neubekleidung des Reichstagspräsidiums ist am Sonnabend ohne Überraschungen und Zwischenfälle gemäß den vorher getroffenen Vereinbarungen erfolgt. Mit großer Einmütigkeit wählte der Reichstag als Vertreter der stärksten Fraktion, die das Zentrum wieder dank der Zersplitterung der Sozialdemokratie geworden ist, den Abgeordneten Konstantin Fehrenbach zu seinem Präsidenten. Zum großen Aerger der preussischen Konservativen wird damit wiederum ein leuchtender Posten im Reich mit einem Süddeutschen besetzt. Fehrenbach ist Rechtsanwalt in Freiburg, er vertritt im Reichstag, dem er seit 1903 angehört, den 6. Badischen Wahlkreis Vahr-Ettenheim. Er ist unstreitig einer der eindrucksvollsten und redgewandtesten Sprecher des Reichstags, wenn auch sein Pathos zuweilen hart aus Theatralische streift. Bekannt ist sein temperamentvolles Auftreten in der Faberner Angelegenheit, das ihm die Konservativen heute nicht verziehen haben. Politisch gehört er dem mehr demokratischen Zentrumsflügel an, wobei seine Demokratie allerdings stark durch sein herrliches Empfinden beeinträchtigt wird. Er steht Erzberger nahe.

Die Vizepräsidenten, deren Zahl sich auf drei vermehrt hat, sind nach den am Freitag angenommenen Beschlüssen künftig in der Rangordnung nicht mehr unterschieden, sondern stehen einander gleich. Nach den früheren Gepflogenheiten hätte die Sozialdemokratie als zweitstärkste Partei des Hauses Vrecht auf den Platz des ersten Vizepräsidenten gehabt. Aber aus Rücksichtnahme auf die bisherigen beiden Vizepräsidenten, von denen Herr Baasche auch nur eine einstündige Trennung von seinem Platze sehr schwer gefallen ist, hat man die übliche Rangordnung beibehalten. Dafür ist der Sozialdemokratie der wichtige Vorposten im Hauptauschuss des Reichstages zugefallen.

Die beiden liberalen Vizepräsidenten sind aus ihrer bisherigen Amtsführung bekannt. Der Fortschrittler Dove, der sein Amt in liberaler Weise mit ruhig überlegenem Humor ausgeübt hat, erhielt fast dieselbe Stimmenzahl wie Fehrenbach, während es auffallen muß, daß der bisherige erste Vizepräsident Baasche von allen Vizepräsidenten die wenigsten Stimmen erhielt, weniger als Genosse Scheidemann, für den aus bekannten Gründen die Rechte nicht stimmte. Vielleicht zieht Herr Baasche für seine künftige Amtsführung eine Lehre aus diesem Resultat.

Mit Genossen Scheidemann ist die Sozialdemokratie wiederum im Präsidium vertreten, wie das bisher nur im Jahre 1912 ganz kurze Zeit der Fall war. Die Partei hat bekanntlich stets ihre Ausnahmebehandlung im Reichstage wie jede unterirdische Behandlung von Sozialdemokraten im öffentlichen Leben bekämpft. Auch diesmal war die Fraktion einmütig der Ansicht, daß die Partei ihrer Stärke entsprechend im Präsidium vertreten sein müsse. Ebenso einmütig stellte sich die Fraktion auf den Standpunkt, daß der aus ihren Reihen zu wählende Vizepräsident die aus dem Amte sich ergebenden Pflichten voll zu übernehmen habe. In der bürgerlichen Presse hat sich jetzt ein Rätselraten darüber entsponnen, ob damit auch die „höflichen Pflichten“ eingeschlossen seien. Dies Wort erweckt übertriebene Vorurteile. Von der erfolgten Wahl des Präsidiums wird bekanntlich dem Kaiser Mitteilung gemacht. Ob sich daran diesmal auch ein Empfang knüpfen wird, ist zum mindesten zweifelhaft, da die Wahl nicht zu Beginn einer Legislaturperiode stattgefunden hat. Vielleicht ist also die ganze Frage hinfällig.

Sollte aber ein Empfang beabsichtigt sein, so ist daran zu erinnern, daß sich die Situation seit dem Kriege wesentlich geändert hat. Entgegen früheren Worten aus kaiserlichem Munde ist 1914 das Wort gesprochen worden: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch

Deutsche!“ Das vor dem Kriege geltend gemachte Bedenken, daß der sozialdemokratische Vizepräsident einem Manne einen Besuch abstatten würde, der sich persönlich als Feind und Bekämpfer der Sozialdemokratie bekennt, ist damit hinfällig geworden. Tatsächlich hat ja auch schon vor einiger Zeit gelegentlich eines parlamentarischen Abends kein Staatssekretär Helfferich eine persönliche Zusammenkunft und Aussprache des Kaisers mit den führenden sozialdemokratischen Parlamentariern stattgefunden, so daß ein Empfang des sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht einmal ein Novum darstellen würde.

Der Sozialdemokratie kommt es auf die Sache an. Sie hat vor dem Kriege gegen die Ausnahmebehandlung der Sozialdemokratie auf das schärfste protestiert und damit gezeigt, daß sie diese Ausnahmebehandlung nicht will. Tatsächlich ist seit Kriegsbeginn die Behandlung der Sozialdemokraten als Bürger zweiter Klasse und milderer Rechts auf vielen Gebieten eingestellt worden. Ein Sozialdemokrat wurde Unterstaatssekretär, Sozialdemokraten wurden zu Offizieren befördert, das Verbot gegen Beamte und Staatsarbeiter, Konsumvereine und Gewerkschaften beizutreten, wurde aufgehoben usw. Die Beilegung der Ausnahmebestellung der Sozialdemokratie im Reichstag, die sich in dem Ausschluß der Fraktion aus dem Präsidium dokumentiert, ist ein weiterer Fortschritt auf diesem Gebiete und führt uns dem allein eines modernen Staatswesens würdigen Ziele zu, das Gleichachtung aller politischen Richtungen heißt.

Der neugewählte Präsident hat in seiner Antrittsrede ein Wort gesprochen, das Beachtung verdient: die Reichstagstribüne solle eine gesicherte Stätte für ein freies Wort bleiben. Hoffen wir, daß er dieses Wort zur Tat machen wird. Nur mit Unbehagen denkt man an die Einengungen zurück, denen das freie Wort in letzter Zeit dort oben ausgesetzt war, die so weit gingen, daß ein Redner nicht einmal über Klasse und Justiz reden durfte, was selbst den zahlreichen konservativen Präsidenten früherer Zeiten nicht anstößig war. Der Reichstag ist zurzeit für viele, viele Dinge nicht nur eine, sondern die einzige freie Tribüne, und es liegt im Interesse des gesamten Volkes, daß diese Tribüne in weitestem Umfange gesichert bleibt.

Deutscher Reichstag.

Das Reichamt des Innern

wurde gestern in zweiter Lesung im Reichstag weiter behandelt. Nachdem der Präsident erklärt hatte, daß, wenn die vom Senatorenkonvent in Aussicht genommene Pause vom Sonnabend dieser Woche bis Mittwoch nächster Woche innegehalten werden solle, die Redner ihre Gedanken in möglichst knapper Form kleiden möchten, ging der Redestrom weiter. Bezeichnend ist, daß der Nationalliberal Calker die Fraktion auch heute noch weiler politisch rechtlos lassen will, sie sind noch nicht reif. Und das wird ausgesprochen trotz der Erfahrungen, die gerade nach dieser Richtung hin der Krieg gelehrt hat. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Frage der Fürsorge für die unehelichen Kinder und die Familienunterstützung für die Kriegerfamilien ein. Hierbei trat neben den Unabhängigen der Genosse Hasenjaahl in wirkungsvoller Weise dafür ein, daß das Reich und die Kreise sich endlich ihrer Pflicht gegenüber den Kriegerfamilien bewußt werden. Ueber einen Antrag auf Erhöhung der Unterstützung soll heute abgestimmt werden. Hoffentlich findet er Annahme. Nachdem noch eine Reihe weiterer Wünsche und Beschwerden vorabbracht waren, wünschte Genosse Fischer-Hannover beim Kapitel Gesundheitswesen mit Recht scharfes Einschreiten gegen den Erziehungsmittelhandel, der, wie unsere Leser aus eigener Erfahrung wissen, einen gewaltigen, volksverheerenden Umfang angenommen hat. Nach über 7stündiger Verhandlung verließ das Haus.

Montag, 10. Juni 1918.
171. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratsliche: Wallraf.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.

Präsident Fehrenbach weist darauf hin, daß die vom Senat und bis Mittwoch vom Senatorenkonvent in Aussicht genommene Pause nur innegehalten werden kann, wenn bis dahin der Senatsrat erledigt ist. Er bitte die Redner, ihre Gedanken in möglichst knapper Form zu kleiden. (Weiterkeit.)
Bei Fortsetzung der Debatte erhält zunächst das Wort v. Calker (Nat.). Wir danken dem Staatssekretär für seine Stellungnahme in der Frage der Bevölkerungspolitik. Wir müssen auf dem Gebiete des Geburtenrückganges den Kampf auch gewinnen. Für die politische Befähigung der Frau halten wir heute den Zeitpunkt noch nicht für gekommen. Ganz besonders wichtig ist der Gegenwart zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der, wie ich hoffe, noch in dieser Tagung verabschiedet werden wird. Der Grundgedanke ist: Wer geschlechtskrank ist, hat im Interesse des Volkes die Pflicht, sich heilen zu lassen. Und wer willens ist, das er geschlechtskrank ist, in die Ehe tritt, ist ein Verbrecher.

Warmuth (Deutsch. Frakt.) wünscht eine bessere Fürsorge für uneheliche Kinder. Die Alimenterträge müssen herabgesetzt werden, sonst ist der Mangel für den Vater zu groß, sich der Zahlung zu enthalten.

Staatssekretär v. Wallraf: Es ist unerbittlich, den unehelichen Kindern für ihr ganzes Leben einen Mangel anzubringen. Gegen ein solches Vorurteil anzukämpfen, ist schwer. Im großen und ganzen ist die Fürsorge für die unehelichen Kinder Sache der Einzelstaaten. In Preußen ist eine Regelung der Materie im Gange, die, wenn sie Gesetz wird, eine weitestgehende Verbesserung bedeuten wird. — Der Ausschuss der Prüfung der Einheitsstatistik ist leider nicht zu einer einheitlichen Vorlage gekommen. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß das Ziel der Einheit doch noch erreicht wird.

Bod (U.S.) tritt für einen Antrag Abrecht (U.S.) auf Erhöhung der Unterstützung für Kriegerfamilien ein. Die Unterstützung, daß die Unterstützung nur im Falle der Bedürftigkeit gewährt wird, beantragen wir zu freizugeben, weil der Begriff der Bedürftigkeit viel zu eng ausgelegt wird. Auch die kommunale Unterstützung muß nach festen Normen erhöht werden. (Gröber (Zentr.) fordert Streichung der Disziplinarstrafen der Beamten. Den Beamten muß die Bildung von Beamterauschüssen erlaubt werden.)

Hasenjaahl (SD.): In Fragen der Familienunterstützung sieht das Ansehen der Reichsleitung in Gefahr. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Kreise für die Unterstützung aufzukommen und das Reich den Kreisen nach Bedarf Beihilfe zu leisten hätte. Heute aber hat sich bei den Kreisen der Brauch eingebürgert, nur so viel an Unterstützung zu zahlen, als ihnen das Reich Beihilfen gewährt. Das Reich muß mit Nachdruck darauf hinwirken, daß die Kreise ihre Pflichten mehr ernst nehmen. Die Kreisämter sind schuldhaft, wenn sie auf Grund reaktionären Wahlrechts zusammengekehrt, haben noch nicht das nötige Empfinden für die Bedürfnisse einer Kriegerfamilie. Die Fälle, wo die Kreise bei der Behandlung von Unterstützungsbedürftigkeit ein großes Maß von Rücksichtslosigkeit, ja Gefühllosigkeit an den Tag legen, mehren sich. Wir fordern eine Erhöhung der Unterstützungssätze ab 1. April um monatlich mindestens 5 Mk. pro Person durch die Lieferungsverbände. (Lebh. Beifall bei den SD.)

v. Trautenbergski (Pol.) protestiert gegen Einschränkung der persönlichen Freiheit der polnischen Arbeiter. Die Löhne, die sie erhalten, sind so niedrig, daß sie in Lumpen gehen müssen. Schließlich werden die Arbeiter noch auf den Gedanken kommen, die Arbeit niederzulegen, und dann können die Arbeitgeber ihre Ernte selbst einbringen.

Thoma (Nat.): Der erste Entwurf der Kommission zur Herbeiführung einer Einheitsstatistik ist mit elf gegen drei Stimmen bei neun Stimmenthaltungen zurückgenommen. Der zweite Entwurf dagegen ist mit zwölf gegen neun Stimmen angenommen. Er ist also eigentlich legitimes Ergebnis dieser jahrelangen Verhandlungen.

Red (K.) fordert Beilegung der Entschädigungen der in Ostpreußen durch den Krieg Geschädigten.
Kunert (U.S.): Dem Gedanken eines Reichsstaatsarchivs ist sympathisch gegenüber. Ebenso ist eine reichsgerichtliche Regelung des Theaterwesens notwendig. Die Vorlagen der Bevölkerungspolitik enthalten trotz ihrer inhaltlichen Grundtendenzen einzelne Bestimmungen, die sie für uns unannehmbar machen.
Dr. Pfeiffer (Zentr.): Wenn Herr v. Oldenburg meint, Preußen werde jetzt katholisch und weißblau angestrichen, so kann

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

1. Kapitel.

Schwarzfeli.

Der herbliche Morgenwind hatte sich noch nicht aufgemacht, und das Gebirge lag stumm unter einer dichten Nebelhülle. Regungslos, wie gefahren, standen die grauen Schwaden. In die Monotonie dieses Nihilismus dunkelten die Umrisse von Bergkuppen herein, schwarz in grau. Tief herauf aus den Klüften kam ein dumpfes Raufeln, als murmelte diese Welt von Granit und Schnee in bangen Träumen.

Jetzt aber glomm ein fahles Geglümmer die äußersten Säume des Dunstmeeres an, und langsam hellte sich hoch oben ein Punkt. Der rötliche Schimmer wuchs an Umfang und Stärke, und, vom Frührot angeleitet, leuchtete die Schichtuppe des Nihilismus in das chaotische Düstern hernieder. Der Tag hatte sein Banner ausgebreitet, und gebrochen war der Bann der Nacht. Ein leises Rogen und Wallen kam in die Nebelstut unten, während droben die Lichtsignale triumphierend von Fels zu Fels sprangen. Lauter rauschte im Talgrund der Bergstrom, und hüben und drüben ging mit klingendem Geräusch die Gletschermilch in den Felsrunnen.

An dem schmalen, längs der sich abfallenden Bergwand hin-führenden Seilpfad steht auf einem Vorsprung die Teufelstanzel, eine bizarre Zusammenwucherung halbverwitterter Steinblöcke. Von da herab, meidete die Sage, habe in unordenlicher Zeit einmal Satan den Bergen gepredigt, und vor Entsetzen darüber seien alle die müneren Ströme, welche darauf durch das Gebirge gegangen, zu Gletschern erstarrt. In den Klüften und Zwischenräumen des Steingestrümmers hatte sich eine Gruppe niedriger Arnen angegediebt, der letzte kümmerliche Versuch von Baumwuchs, denn höher hinauf gibt es nur noch dürftigen Rasen, der bald durch die Schneeregion begrenzt wird.

schwarzen funkelnden Augen in das Dunstgewoge der Tiefe hinab, welches sich allmählich zu lichten beginnt. Denn die Sonne ist am östlichen Himmel jetzt so weit heraufgestiegen, daß ihre Strahlen die Spitzen der Bergkoloisse aus Rot in Gold umfärben und langsam auch die verworrenen Talzüge des Hochgebirges hinabgreifen.

Das junge Mädchen, oder, landesüblich zu reden, das junge Weibchen, hat sich in der Teufelstanzel an einem Arvenstamm auf das feuchte Moos niedergetauert. Es trägt die Landestracht, aber die einzelnen Stücke des Anzugs sind ärmlich, halb verschliffen und nicht gar sauberlich. Ihm zur Seite liegt ein kleines Bündel, das es unter dem Arme getragen. Wie das junge Ding so daherkam, die nach in plumpen abgetragenen Schuhen stehenden Füße unter den Saum des verjäherten schwarzen Röckchens zurückgezogen, ein den Saum des verjäherten schwarzen Röckchens zurückgezogen, ein rotes Tuch, unter welchem halb aufgestülpte radebunze Haare leuchten hervorlaken, nachlässig um den Kopf gewunden, die Ellenbogen auf die Knie, die Wangen auf die geballten Hände geschützt, fast glühend vor sich hinschauernd, konnte man es für ein pures Kind ansehen. So klein und halbwegsichtig, um nicht zu sagen pervertet, erschien die Gestalt. Aber die Täuschung schwand sofort, wenn die Kleine, wie von wilden Affekten gesteuert, aus ihrem hübschen Gesichtsausdruck einen Ausdruck, der weit über ihre leiblichen Jahre ging. Zwischen den starken dunklen, über der Nasenwurzel ineinanderbergenden Brauen bildete sich eine finstere Falte, die Flügel des allerliebsten Stumpfnäschens dehnten sich zitternd, und zwischen den zurückgezogenen Lippen des kleinen Mundes schimmerten die weißen Zähne hervor, fest zusammengebissen, als sollten sie einen wilden Schrei zurückhalten. So war das hübsche Gesicht nicht mehr das eines Kindes, sondern schon das eines Weibes, und zwar eines Weibes voll ungestillter Leidenschaft, unter deren Anhauch auch die Kleine, aber stielche und ebenmäßige Gestalt zu so vollschwellenden Formen gereift war, wie sie in einem Alter von sechzehn Jahren nicht eben gewöhnlich sind. Auffallen mußten bei dem Armut verratenden Anzug der Kleinen ihre feinen, zierlich geformten Hände, die, wenn auch jetzt vom Morgenrot bläulich angeleuchtet, deutlich vorrieten, daß sie nur wenig oder gar keine schwerere Arbeit getan. Aber noch auffallender war die feine, jaume Mischung von Intelligenz und Sinnlichkeit, von Leidenschaft und Trost, welche sich in diesem zu vorzeitiger Reife gediehenen Mädchen gesprang. In der scharfen Bergluft wachen sonst die Menschen an Geist und Körper nur langsam. Hier jedoch war einmal eine Menschenpflanze zu jener frühzeitigen Treibhausreife gekommen, wie sonst nur die Atmosphäre großer Städte sie befördert.

In phantastischen Gestaltungen und Windungen hatten sich inzwischen die Nebelchwaden aus der Tiefe bergwärts gehoben

und zerfallerten hoch droben am Firnshnee oder zerlöffelt im Blau des Morgenhimmels. Der Wind zu Tal war jetzt frei, abgesehen da unten noch alles in schalgrünlichem Dämmerlicht ver-schwamm, weil das Athhorn die ganze Wäde mit seinem gigantischen Schatten erfüllte. Wer freilich den Falkenblick des jungen Mädchens beachtete, konnte sich un schwer zurechtfinden. Stuten im Grunde des Schmalen, etwa eine Begründung langen Hochfals blinkte und blühte es himmelan wie von Sonnenstrahlen, die von Eis und Firnshnee abprallten. In der Tat steigt dort ein mächtiger Gletscher in gekrümmten Massen bis zur Talhöhe herab, und am Fuße seiner Moräne sammelt sich die Wasser, die, bald durch Zustuß von allen Seiten her verdrängt und deshalb mehr schon den Namen eines Flusses als den eines Baches verdienend, an der rechten Seite des Tales herabkommen, jetzt durch tiefe Felsklüfte rasend stürzt, dann wieder an den Schluchten in offene Matten hervorströmend und zuletzt, hart unter der über die an rasendem Fuß hohe Felswand halb hinausgehenden Teufelstanzel, abermals in eine schwarze, enge Klüft abfließend. Mitten im Tal, am linken Ufer des Flusses, liegt ein niedriger Hügelkamm wie ein Kiesel quer durch die Niederung. Am Saufe dieser Aufschichtung, in der man durch die ursprüngliche oder wenigstens eine frühere Moräne des großen Gletschers zu erkennen hat, liegen die zerstreuten Häusergruppen des kleinen Pfarrortes Windgellen. Es ist wie anders Dörfer im Hochgebirge, ganz aus Holz gebaut. Nur die Kirche, etwas abseits in einer Einbuchtung des Hügelkamms gelegen, ist aus Steinen aufgemauert, aber ihr Dach wie das ihres Turmes, besteht gleich den Dächern der andern Gebäude aus Schindeln. Vom Dorf aus führt ein Weg, der zur Not mit leichten Karren besahren werden kann, talabwärts, zwischen Fels-füßen hin, auf denen Gerne, Haier und Kartoffeln gebaut werden, erstere Fruchtbarten aber freilich nur in günstigen Sommern recht zur Reife gelangen.

Von diesem Wege zweigt sich ein zweiter links ab und führt über fette Matten aufwärts gegen die mittägliche Bergseite des Tales. Hier steht sich im Saufe eines kleinen Alhornwaldes ein Gehört an die Halde, das ein stattliches oder landesmündertlich ein „halbländes“ zu nennen ist. Die Stelle heißt „In der Zwühl“, und der Zwühlbauer, der in den umliegenden Bergen die besten „Alpen“ und darauf zwei „urige“, Seenerien oder „Seener“ besitzt, ist so recht der Magat des Tales. Rechterhand führt von der Zwühl aus ein Fußpfad bergan und bergab durch Gruppen von Bergkräutern und makelhaften Felsmündungen hin, bis er in der Entfernung von einer Viertelstunde in eine Senkung niedersinkt, die von einem kleinen Bache ausgefüllt ist. Ein Bach, der wech-selnd hoch droben vom Glanzhorn herabkommt, speist der See, dessen dunkelgrüne Fläche eine Schale von Granit einfaßt. In dem dort fließt eine Begirre, die zwischen dem Gerne und Zwühl fließen, ihr sünderes Geleite gegen das Wasser herab, dessen Spr-

Ich bin entgegenhalten, daß wir uns in Bayern schwarzweiß färbert fühlen. — Redner fordert Maßregeln gegen die Ausfuhr von Kunstwerken ins Ausland und spricht die Erwartung aus, daß das seit Jahren gewünschte Reichsgesetz bald kommen werde. Die in Aussicht genommene Beschlagnahme der Denkmäler soll bedauerlicherweise unterbleiben. Man sollte weniger die Schäden lassen. Auch hier im Reichstag wäre noch viel zu holen. Sicherlich wäre auch der Abg. Leobauer ganz einverstanden, wenn auch die Präsidentenloge den Weg alles Meißens ginge. (Weiterlekt.)

Wirth (Zentr.) fordert Regelung der Frage des Ersatzes von Allergienhänden.

Staatssekretär v. Wallraf: Die durch feindliche Krieger Geschädigten werden weiterhin entschädigt werden. Die Säge der Familienunterstützung sind ständig erhöht worden. Die Zuschüsse des Reiches betragen sich auf 6 Milliarden. Wenn der Sommer zu Ende geht wird geprüft werden müssen, ob die Unterstützungslöhe erneut erhöht werden müssen. Für heute bitte ich den Antrag der Sozialdemokratie abzulehnen. Der Antrag der Unabhängigen geht viel zu weit.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmungen werden auf morgen verrohoben.

Reim Kapitel

Gesundheitswesen

Der Hamover (Soz.) scharfes Einschreiten gegen den Lungenschwund. Es sind jetzt über 12000 solcher Mittel im Verkehr.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm: Wir haben jetzt genügend gesetzliche Handhabe gegen den Erhaltungsmittelhandel.

Müller-Reinigen (Vollst.): Was wir unserem Vaterland schuldig sind, liegt unser verhältnismäßig guter Gesundheitszustand.

Staatssekretär v. Wallraf: Wir leiden an einem großen Mangel an Ärzten. Der Verzicht hat im Kriege schwere Einbuße erlitten. Wir können ihm für seine Leistungen dankbar sein.

Kunert (U. Z.) bringt abends 8 1/2 Uhr vor fünf Abgeordneten noch zahlreiches Material über die Gesundheitsverhältnisse im Deutschen Reich vor.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Dr. Bumm legt dar, daß alles zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse geschehe, was möglich sei. Der Abg. Kunert übertride maßlos.

Der Etat wird bewilligt ohne Abstimmung. Weiterberatung Dienstag, 1 Uhr: Keine Anfragen. Abstimmung zum Etat des Innern. Verlesung der Vorlage zur Abänderung der Wehrpflichtordnung. Schluß 9 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preußische Wahlrechtsreform.

Kunmehr liegt der sogenannte Kompromißantrag der konservativen und nationalliberalen Reaktionen im Reichstagsparlament vor. Dem letzteren ist ein Antrag Wobren, Handbrand, Vidde und Genossen zugegangen, worin es u. a. heißt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Dem Wahlgesetzentwurf einen Paragraphen 3 hinzuzufügen, wonach

1. jeder Wähler Grundstimme hat.
2. außerdem je eine Zusatzstimme erhält 1. wer mindestens 50 Jahre alt ist, 2. entweder vom 25. Lebensjahre ab a) selbständig oder als leitender Beamter seit mindestens einem Jahre tätig ist oder b) mehr als 10 Jahre als Staats- und Gemeindebeamter hauptsächlich tätig ist oder c) mehr als 10 Jahre in einer deutschen Körperschaft ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig ist oder d) mehr als 10 Jahre als nichtleitender Angestellter in gehobener Stellung tätig ist. Als solche gelten alle Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, oder e) mehr als 10 Jahre als Aufseher, Vorarbeiter oder Rottenführer tätig ist und regelmäßig die Aufsicht über mindestens fünf Arbeiter führt.

Heute fällt über diese Mißgeburt die Entscheidung im Abgeordnetenhause. Die Regierung will bekanntlich ihre Entscheidung auf die lange Bank schieben.

Reichstagspräsidium und Unabhängige.

Die Unabhängigen haben sich grundlegend auf den Standpunkt gestellt, der Vermehrung des Reichstagsprä-

sidiums auf vier Mitglieder zuzustimmen und diese nach der Fraktionsstärke auszuwählen. Sie haben demnach für Fehrenbach als Präsidenten gestimmt. Aber trotzdem gegen Scheidemann als Vizepräsidenten! Ihre Parteikorrespondenz begründet das in folgender liebenswürdigen Weise:

„Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten wagt sich das Recht, Personen abzulehnen, die ihr aus persönlichen oder politischen Gründen des Vertrauens unwürdig gelten. Diesen Fall hat die Fraktion bei Herrn Scheidemann als vorliegend gefunden. Als Persönlichkeit ist Herr Scheidemann für die unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands erledigt, nachdem diese ihn öffentlich unehrenhafter Handlungen im Sinne des Parteistatuts und des Treubruches beschuldigen mußte, diese Beschuldigung ausdrücklich und jedem Unbefangenen gegenüber zu beweisen imstande ist. Einen solchen Mann, der Hunderttausenden von Sozialdemokraten in dem früher in ihn als Mensch gesetzten Vertrauen aufs schlimmste getäuscht, seine Treulosigkeit und skrupellose Geschäftstüchtigkeit (in Firma Scheidemann—Ebert—Braun u. Co.) durch eine eklatante Vertrauensstundegebung zu erwidern, das hieße Uebermensliches von unserer Partei verlangen.“

Die unabhängige Sozialdemokratie wird sich danach nicht mehr wundern dürfen, wenn alle anderen Parteien ihre Mitglieder für unwürdig irgendwelcher Vertrauensposten halten; denn Anstand und Vernunft zu beweisen, hat sie eben als eine übermenschliche Zumutung für die Unabhängigen erklärt. Fehrenbach ja, Scheidemann nein oder lieber mit Handbrand als mit Scheidemann — so sieht der proletarische Klassenkampf bei den Unabhängigen aus.

Geld spielt keine Rolle.

Der Chef des stellvertretenden Generalstabes muß die Wohnung räumen, die er bisher im Gebäude des Generalstabes innegehabt hat, weil die Räumlichkeiten zu Bureauzwecken gebraucht werden. Der Chef des Generalstabes hat Anspruch auf freie Wohnung mit Gardeausstattung, und wenn eine solche Wohnung nicht vorhanden ist, dann steht ihm die Mietentschädigung im Betrage von 15 333 Mk. fürs Jahr zu. Das Reichsamt will nun diese Wohnung nicht entschädigen, sondern dem Chef des Generalstabes ein eigenes Gebäude für Wohnzwecke zur Verfügung stellen, und zwar soll aus Reichsmitteln ein geeignetes Gebäude vorerst auf die Dauer von sechs Jahren gemietet werden. Ein solches Gebäude hat man am Kurfürstendamme ermittelt; es wird einen jährlichen Mietzins von voraussichtlich 25 000 Mark erfordern. Außerdem sollen für Erneuerungsarbeiten 40 000—50 000 Mk. ausgegeben werden.

Man wird einigermaßen erstaunt sein, daß in einer Zeit, in der Sparlichkeit auf allen Gebieten gepredigt wird, ein solcher Vorschlag an den Reichstag gelangen kann. Die anderen höheren Truppenbefehlshaber, denen eine Dienstwohnung nicht zur Verfügung steht, müssen sich ebenfalls mit der Mietentschädigung von 15 333 Mk. im Jahre begnügen (!). Es ist deshalb durchaus nicht einzusehen, weshalb gerade für den Chef des stellvertretenden Generalstabes eine andere Regelung getroffen werden soll. Man sollte doch bedenken, daß in Berlin für den Betrag von über 15 000 Mk. immerhin eine erträgliche Wohnung gefunden werden könnte. Wenn erst das Grundstück am Kurfürstendamme gemietet ist, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis man an den Reichstag herantritt mit der Erklärung, das Gebäude müsse käuflich erworben werden. Aus allen diesen Gründen wird es sich der Reichstag hoffentlich überlegen, ob er dem Plane des Reichsfinanzamtes zustimmen will.

Sänglingspflege in Kassel' Mädchenkolen.

Kassel hat 1916 als erste unter den deutschen Städten den Unterricht in Säuglingspflege obligatorisch in ihren Mädchen- und Mädchenvolksschulen eingeführt. Sie bildet einen Teil des naturkundlichen Unterrichts in der Oberklasse der Mädchenvolksschulen. Die Stadtschulbehörde legte von Anfang an Gewicht darauf, sie nicht als Anhang an die Schule erscheinen zu lassen, an dem teilzunehmen in das Belieben der Kinder und ihrer Eltern zu stellen sei. Das hätte den Wert der Sache in den Augen der Kinder und des Publikums herabgesetzt und die Erreichung des Zweckes gehindert. So wurde der Lehrplan für Naturkunde in den genannten Klassen abgeändert und mit dem für die Säuglingspflege aufgestellten Unterrichtsplane verknüpft, daß beide zusammen als einheitliches Ganze erscheinen. Man legt weiter Wert darauf, daß der gesamte Unterricht auf die für unser Volk so überaus wichtige Bevölkerungsfrage Rücksicht nimmt, soweit das in Volksschulen überhaupt möglich ist.

Es ist natürlich, daß ein solcher Unterrichtsgegenstand nur in der Hand einer Lehrerin liegen darf, die auch den naturkundlichen Unterricht für die betreffende Klasse erteilt. Das ist in Kassel der Fall. Die Unterrichtsstunden fallen in die letzten Wochen vor Ostern, so daß die Schülerinnen bei ihrem Austritt aus der Schule noch unter dem frischen Eindruck der Sache stehen. Jeder Unterrichtsstunde schließt sich praktische Unterweisungen an einer Modellstube an (eine Säuglingsausstattung steht jeder Schule zur Verfügung). Außerdem werden die Schülerinnen in das Säuglingsheim und in die Krippe geführt.

Im engen Zusammenhang mit den geschilderten theoretischen und praktischen Unterweisungen stehen solche für Herstellung der Säuglingswärde im Hausarbeitsunterrichte und der Säuglingskost in der Haushaltungskunde. Die Stadtschulverwaltung läßt jeder an dem Unterricht in der Säuglingspflege teilnehmenden Schülerin die Säuglingskübel von Zerner-Langstein unentgeltlich überreichen und hofft auch dadurch aufklärend über die wichtige Angelegenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu wirken. — Zur Weiterbildung der Lehrerinnen für Säuglingspflege werden jedes Jahr kürzere Kurse zwischen Herbst und Neujahr abgehalten, in denen namentlich auch die im Unterricht gewonnenen Erfahrungen Verwendung finden.

Man hat gegen den neuen Unterricht eingemandt, er sei eine Verdrängung, die Mädchen wären noch zu jung und bräuchten dabei der Sache nicht den nötigen Ernst entgegen. Demgegenüber muß betont werden, daß alle Schülerinnen, die an ihm teilnehmen, schon in der Säuglingspflege tätig waren und tätig sind, indem sie keine Geschwister oder Säuglinge aus Verwandtenkreisen pflegten und noch pflegen. Einzelne dieser kleinen Pfleglinge werden hier und da in den Unterricht mitgebracht. In Kassel hat zudem die Ernährung im ersten Jahre gezeigt, daß die Schülerinnen an dem Unterrichte mit großem Ernste, gleichem Eifer und gutem Erfolge teilnehmen. Selbstverständlich ist es, daß der Unterricht in Säuglingspflege in die allgemeine Mädchenfortbildungsschule verlegt wird, sobald wir diese dringende nötige Schule haben werden. Bis heute haben wir sie aber noch nicht, und darum muß man im Interesse unseres Volkes nur wünschen, daß Säuglingspflege im Innern wie möglich in allen städtischen und ländlichen Mädchenkolen eingeführt werde.

Gewerkschaftsbewegung.

An der Arbeit für die Gewerkschaftszersplitterung. Der unabhängige sozialdemokratische Zeitungsdienst meldet, daß zur Gene-

ralversammlung des Zentralverbandes der Schindelmacher, die am 8. Juli in Würzburg stattfindet, Anträge aus Leipzig, Nürnberg, Göttingen und Berlin vorliegen, in denen gefordert wird, der Generalkommission die Beiträge zu sperren. Das zentrale Präsidium der Unabhängigen läßt keinen Zweifel daran, daß es diese Anträge begrüßt und billigt.

Aus dem Gerichtssaal.

Sechs Jahre Zuchthaus für Treibriemen Diebstahl. „Treibriemen Diebstahl“ ist ein an Landesverrat grenzendes Verbrechen, diesen Standpunkt nahm der Gerichtshof in einer Strafsache gegen den Tischler Hermann Müller ein, der sich wegen schweren Diebstahls zu verantworten hatte. Der schon vorbestrafte Angeklagte war in einer Möbelfabrik am Grünen Weg in Berlin, die Kriegsarbeit liefert, als Tischler beschäftigt. Trotz seines hohen Kriegeslohnes kam er auf den Gedanken, sich durch einen Treibriemen Diebstahl in den Besitz einer größeren Summe zu setzen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus, da durch derartige Diebstähle von Treibriemen großer militärischer Schaden angerichtet werden könne, weil wichtige Maschinen, mit deren Heeresbedarf hergestellt wird, dadurch unter Umständen längere Zeit stillstehen müssen. Da ein derartiges Treiben an Landesverrat grenze, sei die volle Härte des Gesetzes anzuwenden. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus.

Aus Nah und Fern.

Eine Familientragödie ereignete sich in Treptow. Dort erschoss in einem Unfall von Gütesgiertheit der Kaufmann Jänkel seine Frau und sich selbst.

Der Pomologenverein über den Obstschaden. Der Deutsche Pomologenverein (Pomologie = Lehre von den Baumfrüchten) hat auf Grund der bis zum 15. Mai eingelaufenen Berichte von Sachverständigen aus den deutschen Obstbaugebieten eine Uebersicht über den Fruchtanfall und die Obstentwaschungen für 1918 zusammengestellt. Nachdem die einzelnen Obstsorten aufgezählt sind, heißt es zum Schluß in der Statistik wörtlich: Die kalten Apriltage und die Nachtfröste haben in Brandenburg, Westfalen und ganz besonders aber in der Rheinprovinz, dann auch in Baden, Bayern und in Sachsen an allen Obstarten, hauptsächlich an Sauerkirschen und Pflaumen, großen Schaden angerichtet. Auch der Schaden durch Schädlinge und Krankheiten, deren Bekämpfung im Kriege sehr gehemmt ist, wird als beträchtlich bezeichnet.

Das Flugzeug als Brandstifter. Ein durch Fliegersturz verursachter Brand hat in Tusch bei Graudenz größeren Schaden angerichtet. Das Flugzeug eines Fliegers geriet in der Luft in Brand und stürzte auf das Dach der Scheune des Besitzers Albert Witzke. Im Nu stand die Scheune in hellen Flammen. Infolge Witterungsangels konnte das Feuer von den herbeigeeilten Wehren, der freiwilligen Feuerwehr, der Militärfeuerwehr und dem Feuerkommando der Fliegerstation nicht auf seinen Herd beschränkt werden. Es brannten noch ein Wohnhaus und ein Stallgebäude des Besitzers Witzke nieder. Der Flieger ist mit seinem Flugzeug vollkommen verbrannt.

Unjüngliche Unterhaltungen sind, dem „B. I.“ zufolge, bei der Rhein-Mosel-Einkaufsgesellschaft, die für die Kommunalverbände der Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier gebildet wurde, festgestellt worden. Angestellte der Gesellschaft sollen ohne Wissen der Direktion mit hohen Nutzen Waren verschoben haben. Bisher wurden elf Personen verhaftet.

Somit Bureaucratismus und der Gehroff. Jemandem in einer süddeutschen Residenz, so erzählt die „Frankl. Zeitung“, hatte kürzlich der Magistrat zur freiwilligen Kleiderablieferung „aufgehört“. Ein patriotischer Beamter einer hohen Behörde ging an seinen nicht eben vollen Kleiderkasten und stellte da fest, daß dort u. a. ein schöner alter Gehroff hänge. Da die Mode dieses schwindigen Stück fastgestellte hatte, so entschloß sich unser Mann zur freiwilligen Ablieferung bei der Sammelstelle. Da kam ihm in Erinnerung, daß sich in dem Amte, in dem er beschäftigt ist, jeder Verkäufer vor seiner Abreise in Gehroff und weißer Binde bei seinem Chef melden müsse. Vorsichtig, wie unser Mann war, ging er also zunächst zu diesem Vorgesetzten und fragte, ob er künftig den Abstreifenappell auch in einem Straßenzug machen dürfe. Diese Frage wurde mit aller Entschiedenheit verneint, da ansonsten die Disziplin in jenem Ministerium aufs ärgste gefährdet werde.

So geschah gegen Ende des vierten Kriegsjahres in einem hohen Amte, das sich ausschließlich mit Kriegsangelegenheiten zu befassen hat.

Wie die Zahlungsfähigen den Mucker fördern. Vom Lande wird der „Herforder Zeitung“ berichtet: Seitdem Salzflecken und Dornhausen wieder mit Kurgästen bevölkert sind, steigen die im Schleichhandel erworbenen Warenpreise ins Unermessene. Alle Bestimmungen können dem Uebel nicht beikommen. Für Eier werden 1 Mk. pro Stück gezahlt, für Schinken und Speck 30 Mk. pro Pfund und für einen Liter Milch 10 Mk. Fernerwert ist, daß diese ungeheuerlichen Preise keineswegs gefordert, sondern von den Fremden ohne weiteres geboten werden.

Entrückter Erdbeerenfang. Die Erdbeerenfänger auf der Gms und dem Dollart ist seit langem nicht so erziehbare eukler fallen, wie in diesem Frühjahr. Zigarren Fucherkente konnten schon 50 000 Pfund Erdbeeren an die Zubereitungs-Gesellschaft „Erdbeerenland“ in Norden abliefern und dafür 75 000 Mk. erzielen. Nach die niederländischen Fischer machen glänzende Geschäfte beim Erdbeerenfang. — Eine bescheidene Frage: Wie sehen Erdbeeren eigentlich aus? Aus früherer Zeit erinnern wir uns dunkel, daß sie recht gut schmecken.

Neuer Schmugglertrieb. In Hamm, bei Klene, erregte der Transport eines schweren Baumstammes den Argwohn von Polizeibeamten, die dann auch in dem ausgeschlößten Baum vier Zentner Seife und einen Zentner Schokolade fanden. Die Schmuggler hatten die Grenze ungehindert überschritten können.

Ein Samstagsfest. In einem Personenzug nach München saßen zwei „gefangene Franzosen“ unter Bewachung eines „Landsturmmannes“. Sie hatten einige Koffer und größere Pakete bei sich. Ein ihnen gegenüberstehender Herr bemerkte aus dem leisen zum Kameraden gelegten Worten des einen Gefangenen, daß dieser gut Bagerisch rede. Er schöpfe Verdacht und verständigte unauffällig von einer Station aus die Gendarmerie. Auf der nächsten Station war diese zur Stelle und — die beiden Franzosen entpuppten sich als gute bayrische Bauern, welche die Kleider ihrer ihnen zugewiesenen Franzosen angezogen hatten. Ein Urlauber hatte sich dazu hergegeben, den Wachmann zu spielen. So hofften die drei Kumpane Eiert, Butter, Schmalz und Geflügel unbeschadet nach München zu bringen und dort zu guten Preisen verkaufen zu können.

Streichhölzer mitbringen! Streichhölzer, Bindfäden, Papier, Dinge, die vor dem Krieg verpackt wurden, sind knapp, das wissen wir, schreibt „Glasgow Herald“. Etwas Neues aber erfahren die Londoner während der heißen Tage. Hier ist wieder im Preis noch in der Qualität, was es vor dem Krieg war; immerhin, der Londoner Arbeiter trinkt es. Viele Durstige mußten aber die Erfindung machen, daß sie Bier nur bekommen, wenn sie ihre eigenen Gläser mitbringen. Das Leben der Restaurationsgläser ist begrenzt; zu erheben sind sie nicht; also können die Gäste nicht bedient werden. Die müssen sich nun ihre eigenen Gläser mitbringen — und das brauchte man nur wenigen zum zweitenmal zu sagen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezleger: Th. Schwarz, Druck Friedrich Meyer & Co. Samstags in No. 4.

gel noch mehr verhärtet wird durch einen ungeheuren Felsblock, der am nördlichen Ende des Sees aufragt und von den Talenten der Schwanderkopf, das in Schenke, genannt wird. Falls man dem Auge mit der Phantasie ein wenig nachhilt, kann man in der Tat meinen, der auf seiner Spitze breit abgeplattete Block habe auf seiner Oberseite ein dem See zu gewandter Seite einwärtige Neigung mit der Kopf- und Gehirnsform des genannten Vogels der Kaiser. Hier diesem Felsen zur Seite erhebt der tiefe, stille See den Ueberhang seines Wassers in ein mit Steingewölbe angefülltes Kinnal, das sich weiter unten im Tale mit dem früher erwähnten Fels vereinigt. Zunächst durchdringt das Kinnal ein dichtes Dornengebüsch, jenseits dessen der See in ein schattiges Seitennähe erstreckt, an dessen Ende er sich dann in einem schiefen Winkel wieder in das große Tal herauswender. Die hübsche Schlucht heißt nicht unpassend „Zur Hölle“, und es sieht da ein großes, mehr noch in Folge von Vernachlässigung als von Alter halb zerfallenes Haus.

Die Entfernung von hier bis zum See hinaus beträgt bloß ein paar Dutzend Schritte, und doch heißt es trocken ganz anders aus. Der an und für sich höhere Wasserstand wird durch keine Umgehung ins freudlich Balerische gewandelt; denn die Hand des Menschen ist hier sorglos tätig gewesen, einen natürlichen Wohnort, ein „Heim“ zu gründen. Der See ist an seiner Westseite offen, und es heißt da ein launig gewandter Raum zu mächtiger Höhe hinan. Eine gut gepflegte Umgangung liegt dem Hügelrand ein, und hinter derselben zieht sich eine umfängliche Gartenanlage bis zu einem nachheren Hause hin, dessen herrliche Bestimmung und helle Fenster Wohlstand verraten. Das Haus mit seinem weit vorliegenden Dach ist zwar ganz in der Form der Gebirgshäuser angeführt, aber in seinen Einzelheiten vertritt es überall einen gewissen, bei dem See roge gewählten Schmuck. Der offene Keller, der an das weite Stadtwort heranführt, zeigt hübsches Schnitzwerk. An der Ostseite über dem Hauptingang stehen in launigen Jagen die Worte „Zum Hügel“, der Name des Hauses. Gerade darüber erhebt sich auf einem Gebälke ruhend, ein ersterer Vorbau, dessen Dach sich wie ein Lamm zeigt und der ein einziges Fenster hat, das aber fast dreimal so groß ist wie die übrigen. Auf der Westseite des Hauses sprudelt ein Korbbrunnen, dessen Wasser in einem großen Steinbecken, und von da hat man nur ein paar Schritte bis zu einem Garten, der die Winterhaltung für alle Fälle enthält. Die ganze Lage des Hauses muß eine gegen die rauhen Winde sehr geschützte sein, denn hier können in solcher Höhe nicht die Dornen gedeihen können, welche die Wälder hinter dem Hause beschützen. Diese Wälder sind bis heute genügt bis zu einer sehr auffringenden Felswand hinan, deren oberer Rand dicht mit Ästen behangen ist. Hinter diesem Steinwall fällt der Boden in ein tiefes Tobel ab, das zur Sommerzeit mit Laventursträuern angefüllt ist, und bereits derselben kann sich die Abwässerung des gemäßigten Klimas noch in die Tiefe erper.

Zerlegung folgt.